

Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

THEMA JUGEND

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

■■■■■ KLIMAWANDEL



**Kinder- und
Jugendgesundheit**

**Ökologisches
Engagement**

**Generationen-
gerechtigkeit**



INHALT

THEMA

Klimakrise und (Jugend-)Gesundheit

Auswirkungen veränderter Umweltbedingungen auf Kinder und Jugendliche

Thomas Lob-Corzilius mit Stephan Böse-O'Reilly /

Annika Hieronimi / Viola Mambrey / Edda Weimann

3

Zur Bedeutung ökologischer Kinderrechte

Gesellschaftliche Entwicklungen schränken Freiheit und Erfahrung junger Menschen ein

Holger Hofmann

9

Was schulden wir zukünftigen Generationen?

Die Klimakrise und die Frage nach Gerechtigkeit

Lukas Sparenborg

13

Engagement für eine nachhaltige Gesellschaft

Freiwilligendienst mit Perspektive auf den Klimawandel und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Interview mit Viola Prietz und Ben Sauer

16

Klimaschutzengagement junger Menschen

Zwischen individuellen Verhaltensweisen und kollektivem Aktivismus

Leonie Reuter / Maike Gossen

18

How dare you?

Die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für die Umsetzung ökologischer Kinderrechte (Diskussionspapier)

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

22

MATERIAL ZUM THEMA

KOMMENTAR

Kinderrechte (nicht) im Grundgesetz verankert

Benedikt van Acken

26

BÜCHER & ARBEITSHILFEN

Filmisches Experiment zu Cybergrooming:

Gefangen im Netz

27

Klaus Mertes:

Den Kreislauf des Scheiterns durchbrechen

27

Deutsche Sportjugend:

RECHTSsicherheit – Politisch neutral?!

27

INFORMATIONEN

IN EIGENER SACHE

30

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

die Eindämmung des Klimawandels stellt auch in Zeiten der Coronapandemie die aktuelle gesamtgesellschaftliche und globale Herausforderung dar. Unübersehbar sind seit Jahren die Zeichen der Krise um die schädliche Erderwärmung. Dass höchste Gefahr für Umwelt, Natur und (zukünftiges) menschliches Leben besteht, ist nicht zuletzt durch verheerende Flutkatastrophen in Deutschland in diesem Sommer deutlich geworden.

Die Klimakrise stellt auch den Kinder- und Jugendschutz vor große Aufgaben – beginnend mit der Information zu Zusammenhängen im Bildungs- und Erziehungsbereich über den Gesundheitsschutz bis hin zur Bereitstellung von ausreichenden Frei- und Entwicklungsräumen für junge Menschen und der Befähigung von Kindern und Jugendlichen, ihr Engagement in den Klimaschutz einbringen zu können und mit ihren Forderungen Gehör in Gesellschaft und Politik zu finden.

In dieser Ausgabe der **THEMA JUGEND** wird das Thema „Klimawandel“ aus verschiedenen fachlichen Perspektiven betrachtet; leitend ist hierbei immer die Frage nach dem Schutz junger Menschen: Auswirkungen veränderter Umweltbedingungen auf die Gesundheit Heranwachsender werden ebenso in den Blick genommen wie gesellschaftliche Entwicklungen, die die Umsetzung ökologischer Kinderrechte behindern. Vor diesem Hintergrund werden die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für deren Beachtung erläutert und Fragen nach Klimagerechtigkeit mit Blick auf künftige Generationen gestellt.

Die Bereitschaft zum Einsatz für den Umwelt- und Klimaschutz ist bei Jugendlichen hoch. Eine differenzierte Betrachtung des Vertrauens junger Menschen in die Wirksamkeit individueller und gemeinschaftlicher Verhaltensweisen zeigt auf, wie sie zu gesellschaftlicher Partizipation befähigt werden können. Umweltbildung im Sinne politischer Bildung kann jungen Menschen Möglichkeiten der Mitgestaltung ihrer (Lebens-)Welt eröffnen. Noch werden Entscheidungen in zu großem Umfang von Erwachsenen getroffen, welche die Bedingungen einer Welt bestimmen, in der Kinder und Jugendliche zukünftig leben müssen.

Engagierte junge Menschen im ökologischen Freiwilligendienst erleben die Auswirkungen des Klimawandels an ihren vielfältigen Einsatzorten, machen auf dringenden politischen Handlungsbedarf aufmerksam und fordern ihr Recht auf Mitbestimmung, Mitbewahrung und Mitgestaltung ein. Damit unterstreichen junge Menschen einmal mehr, dass Klimaschutz – im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes – einerseits in der Verantwortung Erwachsener liegt, andererseits aber der gemeinschaftlichen Anstrengungen aller Generationen bedarf.

Konzipiert wurde die vorliegende Ausgabe der **THEMA JUGEND** von meiner Kollegin Gundis Jansen-Garz, der ich für die gute Zusammenarbeit als Elternzeitvertretung danke.

Ich freue mich, Sie an dieser Stelle wieder zu begrüßen und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen aus der Redaktion

Dr. Lea Kohlmeier

Thomas Lob-Corzilius in Zusammenarbeit mit Stephan Böse-O'Reilly, Annika Hieronimi, Viola Mambrey und Edda Weimann

Klimakrise und (Jugend-)Gesundheit

Auswirkungen veränderter Umweltbedingungen auf Kinder und Jugendliche

Die unübersehbare Klimakrise führt zu einer Vielzahl gesundheitlicher Bedrohungen auch der Kinder und Jugendlichen wie z. B. die Zunahme und Veränderung allergischer Erkrankungen, die Belastung von Schwangeren und „Draußenarbeitenden“ durch die zunehmenden Hitzewellen. Hinzu kommen die zusätzliche Konzentration von Ozon als Luftschadstoff und die bislang unterschätzten psychischen Auswirkungen von Starkwetterereignissen wie bei den Flutkatastrophen in West- und Süddeutschland im Juli 2021. Nicht nur die im Gesundheitswesen arbeitenden Personen sind bisher nur unzureichend über diese Zusammenhänge informiert und nur mangelhaft auf deren Bewältigung vorbereitet. Dies gilt auch für den Bildungs- und Erziehungssektor. Der vorliegende Artikel soll dazu beitragen, einige Lücken zu schließen und perspektivische Veränderungen auch am Beispiel einer klimabewussten Ernährung aufzuzeichnen.

► Klimawandel und Allergien

Infolge des Klimawandels hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Vegetationsperiode vieler Pflanzen verlängert, so setzt z. B. die Haselblüte immer früher ein. Deren mittlerer Blühbeginn datiert der Deutsche Wetterdienst (DWD) für den Zeitraum 1949 bis 2015 auf den 5. Februar, er liegt damit fast zwei Wochen später als in der Zeitspanne von 1985 bis 2015.¹ Die hochgradig sensibilisierende beifußblättrige Ambrosie, englisch Ragweed, stammt ursprünglich aus Nordamerika und breitete sich seit 1920 in Ungarn flächendeckend aus. Mittlerweile ist sie in Tschechien, der Po-Ebene und im Rhonetal weit verbreitet. Nördlich der Alpen fanden sich im Sommer 2007 erstmals auch riesige Areale in der Lausitz. Die Ambrosie gedeiht vor allem auf lückenhaft bewachsenem Brachen und blüht von Juli bis Ende Oktober. Dabei bildet sie pro Pflanze bis zu 1 Million Pollen, 50 Pollen/m³ reichen zur Sensibilisierung, bei 10 bis 20 % der so Betroffenen führen 5 bis 10 Pollen/m³ zu allergischen Reaktionen mit einer Verdopplung der Asthmarate gegenüber anderen Pollen. Besonders betroffen sind Erwachsene ab 30 Jahren.² Das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) und Stickstoffdioxid (NO₂) als Luftschadstoff bewirken ein speziesabhängiges, verbessertes Pflanzenwachstum mit höheren Pollenerträgen.³ Der Klimawandel hat somit zu einer Verlängerung der Vegetationsperiode von Januar bis Ende Oktober bzw. Frostbeginn geführt, perspektivisch droht ein ganzjähriger Pollenflug, variierend je nach Niederschlag bzw. Trockenheit. Laut dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KIGGS) hat die Sensibilisierung binnen einer Dekade bei Jungen bis auf 40 % des Jahrgangs zugenommen, der Heuschnupfen blieb mit 10 % aller Jungen auf hohem Niveau stabil.⁴ Wie schon in Australien ist auch in hiesigen Breiten mit einer Zunahme des sog. Gewitterasthmas bei jungen Erwachsenen zu rechnen, die vorher noch keine symptomatischen Asthmaanfälle gehabt haben und sich deshalb nicht durch eine Akut- oder gar Dauertherapie schützen können. Beim Gewitterasthma brechen Pollen durch den „osmotischen Schock“ – Wärme und hohe Luftfeuchtigkeit –



vermehrt auf, die darin enthaltenen Allergene binden an Feinstäube, teilweise schon 1 bis 2 Stunden vor dem Gewitterbeginn, und werden bis in die kleinsten Bronchien inhaled.⁵

Hitze, Ultraviolett (UV)-Strahlung und bodennahes Ozon

Die vom Deutschen Wetterdienst erhobenen Wetterdaten belegen: Hitzewellen von mindestens 3 Hitzetagen > 30°C in Folge und tropisch warme Nächte mit > 20°C treten deutlich häufiger auf als früher. Damit geht u. a. eine deutlich stärkere UV-Strahlung und Belastung der kind- bzw. jugendlichen Haut einher. Diese ist dünner, empfindlicher und weniger verhornt als die Haut von Erwachsenen, sie erfährt 80 % der Gesamt-UV-Lebensbelastung vor dem 18. Lebensjahr. Daher erhöhen auch vermeintlich harmlose Sonnenbrände „nur mit Hautrötung“ und ohne Blasenbildung in der Kindheit und frühen Jugend das Risiko für die spätere Entwicklung von Hautkrebs deutlich. Diese Folgen werden oft erst nach Jahrzehnten sichtbar.⁶

Ozon (O₃) zählt, wie Feinstaub (PM_{2,5}) und Stickstoffdioxid (NO₂), zu den wichtigsten gesundheitsrelevanten Luftschadstoffen. So kann sich bei langem Sonnenschein und Hitzeperioden die Sym-

ptomatik des Asthmas in allen Altersgruppen verschlimmern. Denn UV-Strahlung verursacht einen deutlichen Anstieg der Ozonkonzentration, wenn gleichzeitig NO₂ anwesend ist, dessen Quelle v. a. verkehrsbedingte Emissionen fossil betriebener Fahrzeuge sind.⁷ UV-Strahlung spaltet das NO₂ auf in NO + O-Radikal, welches sich mit Sauerstoff (O₂) zu Ozon (O₃) verbindet. Ozon entsteht daher vor allem in Städten mit viel Verkehr und wird von dort durch die Luftströmung ggfs. plus Wind in die ländliche Umgebung verweht. Beim abendlichen Berufsverkehr in der Stadt wird Ozon dann wiederum mit Stickoxid (NO), das ebenfalls durch den Verkehr „bereitgestellt“ wird, wieder zu NO₂ und O₂ abgebaut. Da auf dem Lande weniger Verkehr herrscht, fehlt dort NO, um O₃ wieder zu O₂ und NO₂ zu reduzieren. Dies erklärt die scheinbare Paradoxie, dass die durchschnittlichen Ozonkonzentrationen in ländlichen Gebieten seit mehr als 30 Jahren mit 57 µg/m³ deutlich über denen der Stadtgebiete mit 42 µg/m³ liegen. Der Zielwert zum Schutz der menschlichen Gesundheit liegt in der EU bei 120 µg/m³ O₃ im sog. 8-Stundenmittel. Bei O₃-Konzentrationen darüber kann es zu akuten Atembeschwerden kommen, da O₃ als reaktives Reizgas tief in die Luftwege eintritt und akute Schleimhautreizungen bzw. -entzündungen verursacht. Der sog. oxidative Stress geht mit Husten, Engegefühl in der Brust und Atemnot einher, führt also zu akuten Asthmaanfällen.⁸ Dauerhaft bestehende O₃-Belastungen – auch unter 120 µg/m³ – können zu chronischen Schäden des elastischen Bindegewebes der Lunge mit eingeschränkter Lungenfunktion und bei Kindern bis zur Pubertät zu „vermindertem Lungenwachstum“ führen.⁹

Konsequenzen bei Hitze, hoher UV- und Ozonbelastung

Die für Kinder und Jugendliche so veränderte sommerliche Lebenswelt erfordert präventive Maßnahmen sowohl im familiären und Wohnumfeld als auch in Kindergärten, KiTas, Schulen und Sportvereinen. Eltern, Erzieher*innen, (Sport-)Lehrer*innen und Übungsgruppenleiter*innen müssen entsprechend fortgebildet werden, um vorbeugend handeln zu können.

So ist der vorbeugende Sonnenschutz gemäß dem UV-Index in der Kindheit und Jugend besonders wichtig und nachhaltig wirksam. Ferner müssen die kommunalen und freien Kindergarten- und Schulträger für flexible Verschattungsmöglichkeiten der Innenräume wie teilweise auch im Außenbereich (Sonnensegel, Bäume etc.) sorgen, wie sie bislang nur in mediterranen Ländern nötig gewesen sind.

Im Hochsommer sind Sport und generelle körperliche Aktivitäten im Außenbereich mit Kindern und Jugendlichen ab 8 Uhr bis maximal 12 Uhr sinnvoll, für Jugendliche ist dies auch später am Abend möglich, allerdings gilt dies für ländliche Regionen nur eingeschränkt. Mittlerweile bietet das Umweltbundesamt (UBA) in seiner App zur „Luftqualität“¹⁰ auch eine Ozonvorhersage für den aktuellen Tag und zwei Folgetage an. Falls innerhalb von 24 Stunden besonders hohe Ozonwerte erwartet werden, kann man sich automatisch warnen lassen. Die Nutzung dieser APP sollte sommertags ab sofort zum Standard gehören. Neben den Ozonwerten stellt die App auch stündlich aktualisierte Daten für die Luftschadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid zur Verfügung. Der Luftqualitätsindex von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ informiert über die Luftqualität an jeder Station. Je nach Höhe der Belastung gibt die App Gesundheitstipps für Aktivitäten im Freien.

Zur raschen Information sind auch Wetter-Apps geeignet, bei denen die Temperaturentwicklung über den Tag angezeigt wird und der UV-Index integriert ist, so dass ein angemessener Schutz vor UV-Strahlung z. B. durch Sonnencremes und Spezialkleidung möglich ist. Der UV-Index mit ausführlichen Begleitinformationen sowie praxisnahe Tipps zum wirksamen Sonnenschutz sind beim Bundesamt für Strahlenschutz zu finden¹¹. Der UV-Index wird weltweit gleich interpretiert, sodass er auch sehr gut bei Urlauben zu benutzen ist.

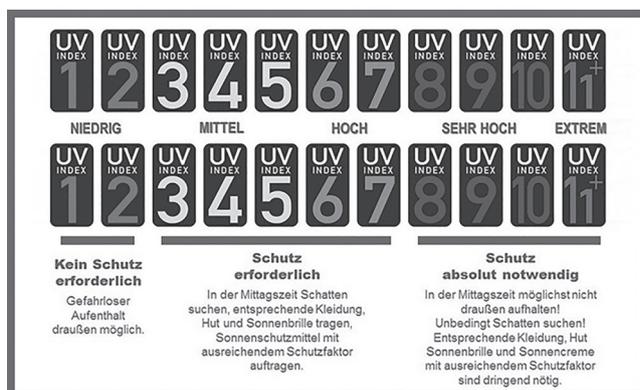


Abb. 1: UV-Index und Sonnenschutz

Klimawandel und mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Die Auswirkungen des Klimawandels beanspruchen neben der körperlichen auch die mentale Gesundheit. Eine besonders vulnerable Bevölkerungsgruppe stellen hierbei Kinder und Jugendliche dar.¹² Ursächlich hierfür sind zum einen das noch ungenügende Erlernen von Bewältigungsstrategien auf Grund der fehlenden Lebenserfahrung.¹³ Zum anderem befinden sich Kinder und Jugendliche in einer entscheidenden Phase ihrer seelischen und körperlichen Entwicklung. In diesem Zeitraum sind sie durch das Erleben von Stress und Angst wesentlich anfälliger für die Entwicklung psychischer Beschwerden.¹⁴ Neben der Ausprägung von neuen psychischen Beeinträchtigungen bei vorher gesunden jungen Menschen können die Auswirkungen des Klimawandels auch für die Verschlechterung von bestehenden seelischen Erkrankungen verantwortlich sein.¹⁵

Direkte psychische Auswirkungen des Klimawandels

Unter den direkten psychischen Auswirkungen des Klimawandels versteht man mentale Beschwerden, die durch das Erleben u. a. eines Extremwetterereignisses (EWEs) ausgelöst werden. EWEs, wie beispielsweise Hochwasser, Starkniederschläge und auch Hitze, werden mit Fortschreiten des Klimawandels auch in Deutschland weiter an Intensität und Häufigkeit zunehmen. Dafür ist die Flutwasserkatastrophe in Westdeutschland im Juli 2021 ein bedrückendes Beispiel. Der Verlust von gewohnten Strukturen, mitunter das Erleben der Zerstörung des eigenen Zuhauses und die Angst um Familienmitglieder und Freunde beeinträchtigen hierbei die mentale Gesundheit der Betroffenen. Internationale Studien beschreiben ein vermehrtes Auftreten von posttraumatischen Stresssymptomen (PTSS) und posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) bei Kindern und Jugendlichen.¹⁶ Zwischen 5 und 43 % der Kinder und Jugendlichen klagen infol-

ge eines EWEs über Symptome einer PTSS.¹⁷ Eine genaue Einordnung für Deutschland ist wegen fehlender Forschungserkenntnisse zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Bei einer PTSS und PTBS erleben Betroffene das traumatische Ereignis ungewollt wieder und vermeiden deshalb Situationen und Orte, die sie mit dem Trauma verbinden. Zudem klagen die Erkrankten über eine generell erhöhte Anspannung, Schlaf- und Konzentrationsstörungen. Den Unterschied zwischen beiden Erkrankungen findet man nur im zeitlichen Auftreten. Eine PTSS tritt weniger als 30 Tage nach dem traumatischen Erlebnis auf. Eine PTBS hingegen bildet sich innerhalb von 6 Monaten nach Erleben des Traumas aus. Zur Diagnostik und Therapie dieser klimawandel-assoziierten Symptomkomplexe können die schon bestehenden Methoden für PTSS und PTBS gleichwertig angewendet werden.¹⁸ Auch andere psychische Symptome wie vermehrt aggressives Verhalten, Depressionen und Angststörungen werden beobachtet, teilweise mit einer gewissen Latenzzeit.¹⁹

Risikofaktoren für die Ausprägung der oben genannten Symptomkomplexe stellen unter anderem die mit dem EWE öfters assoziierte Zerstörung der Heimat und die daraus resultierende Umsiedlung mit einem erzwungenen Schulwechsel dar.²⁰

Zu den familiären Risikofaktoren zählen neben der Verletzung oder der psychischen Belastung von Bezugspersonen durch das Erleben des EWEs aber auch die elterliche Überfürsorge. Hierbei sind vor allem die Infantilisierung und die übertriebene Kontrolle des Kindes risikobehaftet.²¹ Im Vergleich dazu gibt es protektive Faktoren, welche die Resilienz der jungen Bevölkerungsgruppe fördern. Resilienz beschreibt hierbei die Fertigkeit, traumatische Ereignisse zu durchleben, ohne eine psychische Beeinträchtigung auszuprägen. Zu diesen Faktoren zählen die adäquate soziale Unterstützung, insbesondere durch die Familie und das Erlernen von Bewältigungsstrategien.

Indirekte psychische Auswirkungen des Klimawandels

Neben diesen direkten und akuten psychischen Auswirkungen darf man die Folgen durch das alleinige Bewusstwerden des Klimawandels nicht unterschätzen. Aktuell werden sogenannte Klimaemotionen, z. B. Klimaangst, erforscht. Diese werden meistens als negative Emotionen beschrieben, welche das Wohlbefinden der Betroffenen beeinträchtigen. Symptome der Klimaangst beinhalten Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit, Panikattacken und zwanghaftes Denken.²² Eine genaue diagnostische Einordnung ist jedoch zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht möglich.²³ Laut einer indischen Studie berichteten 90 % der befragten Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 16 Jahren, dass sie sehr oder ziemlich besorgt über die Entwicklungen des globalen Klimawandels seien.²⁴ Dieser hohe Anteil an jungen Menschen mit einer Sensibilisierung gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels spiegelt sich in ihrem Verhalten wider. Das Erleben von Klimaemotionen kann aber positiv assoziiert sein z. B. mit dem Engagement in Klimaschutzorganisationen und der Ausprägung eines umweltbewussteren Verhaltens. Die erlebte Selbstwirksamkeit kann die Resilienz der Kinder und Jugendlichen gegenüber den psychischen Auswirkungen des Klimawandels erhöhen.²⁵ Allein im September 2019 haben in Deutschland etwa 1,4 Millionen Menschen, vor allem junge Leute, bei Protesten von Fridays For Future gegen den Klimawandel und für klima-

freundliches Handeln demonstriert.²⁶ Allerdings können junge Menschen dadurch auch sensibilisiert werden und vulnerabler gegenüber klimawandelassoziierten psychischen Beschwerden sein. Mit der Versorgung so betroffener Kinder und Jugendlichen befassen sich besonders „Psychologists/Psychotherapists For Future“.²⁷

Was kann man tun?

Die klimawandelassoziierten psychischen Auswirkungen werden mit dem Fortschritt der Erderwärmung in allen Generationen zunehmen. Vor allem Berufsgruppen, die zentral Kinder und Jugendliche betreuen, müssen sich der möglichen psychischen Auswirkungen des Klimawandels bewusst sein. Hierbei spielen insbesondere subklinische Symptome eine große Rolle, die das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen beeinträchtigen, aber primär keine klinische oder psychiatrische Versorgung benötigen. Diese sollten rasch erkannt und im Sinne einer Erstversorgung, z. B. durch ein Gespräch mit dem Kind über seine Ängste, behandelt werden. Bei Verschlechterung der Symptome sollten kompetente Ansprechpersonen bekannt sein, die ggfs. eine Therapie einleiten können. Dies ist wichtig, um eine Persistenz der psychischen Symptome bis in das Erwachsenenalter zu vermeiden.

Ernährung und Klimawandel: Warum ist die Ernährungsumstellung nötig?

Die Ernährung und Agrarindustrie trägt im Anthropozän²⁸ wesentlich zum Klimawandel bei. Sie verursacht 30 % aller Treibhausgasemissionen, reduziert wesentlich die verbleibende Naturfläche und führt zum Verlust von Biodiversität. 50 % der bewohnbaren Flächen werden landwirtschaftlich genutzt, der größte Teil für die Fleischproduktion. 70 % unseres Frischwassers verbraucht die Produktion von Nahrungsmitteln. Aber nicht nur die Fleischindustrie, sondern auch die Fischzucht und die Aufzucht von Meeresfrüchten tragen dazu bei (5.500 l Frischwasser pro 1.000 Kilokalorien).²⁹ In den letzten Jahren hat der Frischwasserverbrauch weltweit zu einer dramatischen Verarmung von wasserführenden Grundwasserleitern (Aquifer) geführt, die in vielen Regionen weit über ihr Regenerationsvermögen ausgebeutet werden und eine gravierende Wasserknappheit großer Regionen verursachen (siehe Abb. 2).

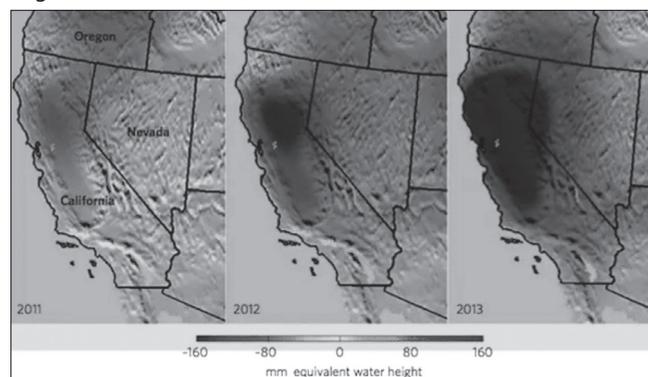


Abb 2: Ausbeutung eines Aquifers in Kalifornien innerhalb von zwei Jahren, der zu einem Absinken des Grundwasserspiegels mit großen Waldbränden und großflächigem Absterben von z. B. Mandelbaumplantagen mit einem daraus resultierenden weltweiten Mandelmangel führte.

6 % der Treibhausgase (CO₂ und Methan) entstehen nur durch das Verwerfen und die Verschwendung von Lebensmitteln, weltweit 1,3 Milliarden Tonnen jährlich, in Deutschland 12 Millionen Tonnen³⁰. Bei uns werden somit rechnerisch Lebensmittel erst ab dem fünften Monat für den wirklichen Verbrauch produziert, d. h. an 120 Tagen werden Nahrungsmittel nur produziert, um sie danach wieder wegzuworfen. Durch den normalen Konsum erzeugen Fleischesser täglich über 7,19 kg CO₂, Fischesser 3,91 kg CO₂, Vegetarier 3,81 kg CO₂ und Veganer 2,89 kg CO₂.³¹

Aus diesen Gründen wird die Einführung einer nachhaltigen Ernährung gefordert, die geringere Umweltauswirkungen hat und den Bedarf der heutigen Generation deckt, ohne zukünftige Generationen zu beeinträchtigen. Diese Planetary Health Diet, die 2019 von der EAT-Kommission vorgestellt wurde, hat zum Ziel, die derzeitige Über-, Unter- und Mangelversorgung wieder so in Einklang zu bringen, dass den Menschen weltweit eine gesunde Ernährung zu Verfügung steht.³² Die durch die Ernährungsbedingungen Wohlstandskrankheiten wie Adipositas, Fettstoffwechselstörungen oder Bluthochdruck sollen durch diese Ernährung verringert werden. Ebenfalls sollen Nahrungsressourcen (z. B. Fischbestände, Nährstoffe) erhalten werden, der CO₂-Fußabdruck durch die Transportwege sinken und mehr heimisch produziert und geerntet werden. Dadurch können 50 % aller bisherigen Emissionen vermieden werden. Ziel ist, die 2050 prognostizierte Bevölkerung von 10 Milliarden Menschen innerhalb der planetaren Grenzen ernähren zu können.

Medizinische Fakten unserer jetzigen Ernährung

Durch die Massentierhaltung werden Zoonosen – d. h. Infektionskrankheiten, die von Tieren auf Menschen und umgekehrt übertragen werden –, wie z. B. Hühner- oder Schweinegrippe, begünstigt. Der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung steigt, wobei immer mehr Erreger auf Antibiotika resistent werden, was wiederum bei Infektionen zu Problemen führen wird.³³ 700.000 Menschen sterben jährlich an antibiotika-resistenten Keimen. Wird hier nicht durch eine andere Ernährungsform gegenreguliert, könnten im Jahr 2050 10 Millionen Menschen gegen Antibiotika resistent sein.³⁴

In Deutschland essen wir derzeit viermal so viel Fleisch wie empfohlen³⁵, und dies hat medizinische Folgen: mehr Krebserkrankungen, mehr Herz-Kreislauf-Erkrankungen, mehr Nierenerkrankungen, mehr Darmerkrankungen, mehr Wohlstandserkrankungen wie Herzinfarkte, Fettstoffwechselstörungen und Übergewicht. Die Planetary Health Diät würde weltweit 11 Millionen vorzeitige Todesfälle im Jahr verhindern.³⁶

Pflanzenbasierte Regenbogenernährung

Was sind nun die grundsätzlichen Prinzipien der *Planetary Health Diät*³⁷ berechnet für einen gesunden Erwachsenen?

- Die *Planetary Health Diät* umfasst pro Tag ca. 300 g Gemüse, 200 g Obst, 230 g Vollkornprodukte, 250 g Milchprodukte, 14 g rotes Fleisch, 28 g Fisch und Meeresfrüchte, 13 g Eier, 29 g Geflügel, 50 g Nüsse und 75 g Hülsenfrüchte, 40 g ungesättigte Fette (siehe Abb. 3).
- Es gilt: Eine große Vielfalt an verschiedenen Pflanzen genießen („Eat the rainbow“), mehr Pflanzliches, kaum Tierisches

	Gramm pro Tag (Rahmen)	Total
		2500 kcal/d
Vollkornprodukte	232 (Reis, Weizen, Korn etc.)	811
Kartoffeln, Stärke	50 (0-100)	39
Gemüse	300 (200-600)	78
Früchte	200 (100-300)	126
Milchprodukte	250 (0-500)	153
Proteine		
• Rind, Schwein, Lamm	14 (0-28)	30
• Huhn etc.	29 (0-58)	62
• Eier	13 (0-25)	19
• Fisch	28 (0-100)	40
• Gemüse	75 (0-100)	284
• Nüsse	50 (0-75)	291
Fett		
• Ungesättigte Fette	40 (20-80)	354
• Gesättigte Fette	11,8 (0-11,8)	98
Zucker	31 (0-31)	120

essen. Bei jedem Essen Obst oder Gemüse verwenden. Mehr Nüsse und Hülsenfrüchte verzehren.

- Produkte mit weißem Mehl durch Vollkorn ersetzen (Brot, Nudeln etc.)
- Salz und Zucker stark reduzieren, vermehrt mit Gewürzen und natürlichen Süßungsmitteln (Banane, Datteln) arbeiten.
- Einen Essensplan für die Woche erstellen, bewusster einkaufen und Reste verwerten, um Verschwendung zu vermeiden.

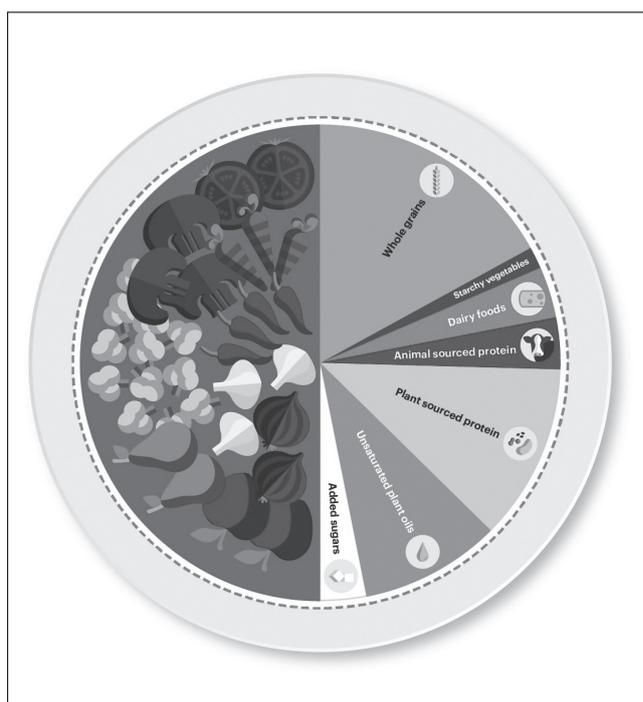


Abb. 3: Die Bestandteile der Planetary Health Diät

Diese Diät sollte auf den jeweiligen Landesrahmen angepasst werden. Zu beachten gilt, dass die Empfehlungen von Fleisch- und Milchprodukten nicht überschritten werden.³⁸

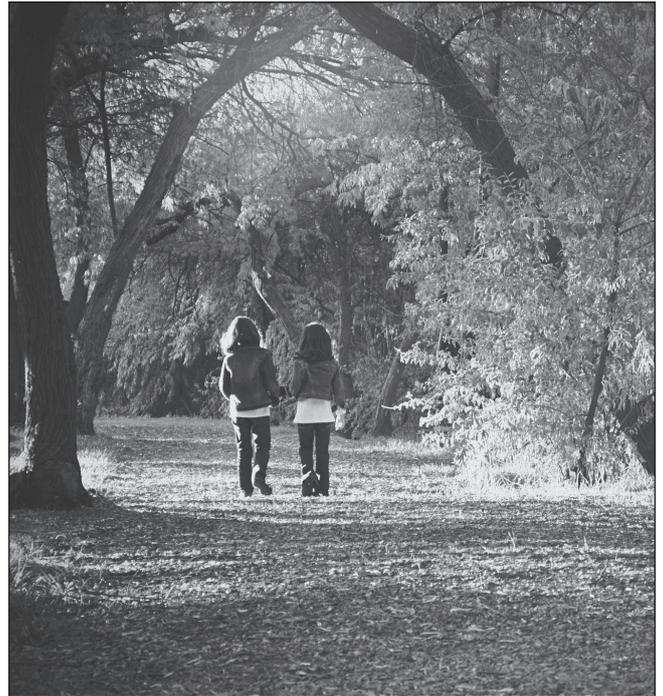
Leider bestehen in Deutschland bisher noch keine offiziellen Empfehlungen für eine Ernährungsumstellung auf eine pflanzenbasierte Ernährung bei Kindern und Jugendlichen. Gemeinsam mit anderen Arbeitsgruppen werden diese zur Zeit entwickelt. Derzeit haben wir in unserer Reha-Klinik für Kinder und Jugendliche sowie ihre Begleitpersonen einen fleischlosen Tag mit dem Ziel eingeführt³⁹, sukzessive auf eine pflanzenbasierte Ernährung überzugehen. Für Kantinen und Kliniken wäre es ein erstes Ziel, die derzeitigen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit zwei Fleischtagen pro Woche – dies entspricht 300 Gramm (für Frauen) bis maximal 500 Gramm (für Männer) – und einer Reduktion von Milchprodukten auf 200 bis 250 Gramm pro Tag umzusetzen.

Schlussbemerkung

Wir haben versucht, anhand der oben genannten Beispiele bekannte Zusammenhänge zwischen dem bisherigen Klimawandel hin zur Klimakrise und möglichen gesundheitlichen Auswirkungen darzustellen. Natürlich ist das Wissen schon viel umfangreicher und kann hier nicht erschöpfend ausgebreitet werden. Für Interessierte finden sich unter <http://www.klinikum.uni-muenchen.de/Bildungsmodule-Aerzte/de/bildungsmodule-mfa/index.html> viele Materialien, Hintergrundartikel, Empfehlungen und Links, die über die zitierten Quellen hinausgehen. ■

Anmerkungen

- 1 https://www.dwd.de/DE/leistungen/klimastatusbericht/publikationen/ksb_2018.html?nn=16102 (Stand 04.08.2021).
- 2 Umweltbundesamt (Hrsg.): Ambrosia. Wissenswertes und Hintergrundinfos. Ambrosia-Tag am 27. Juni 2015. 2015. Verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/ambrosia-wissenswertes-hintergrundinfos>.
- 3 Gilles-Stein, Stephanie / Traidl-Hoffmann, Claudia: Führt der Klimawandel zu einer Zunahme von Pollenallergien in Deutschland? In: Pädiatrische Allergologie 1 (2017), S. 6-10.
- 4 Thamm, Roma / Poethko-Müller, Christina / Hüther, Antje / Thamm, Michael: Allergische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Querschnittsergebnisse aus KiGG5 Welle 2 und Trends. In: Journal of Health Monitoring 3 (3) (2018), S. 3-18.
- 5 Neue Erkenntnisse über Gewitter-Asthma 2018. Verfügbar unter <https://www.lungenaerzte-im-netz.de/news-archiv/meldung/article/neue-erkenntnisse-ueber-gewitter-asthma/> (Stand 04.08.2021).
- 6 Lehmann, P: Klimawandel – Wirkungen der Sonnenstrahlung und Möglichkeiten des Sonnenschutzes; <http://www.klinikum.uni-muenchen.de/Bildungsmodule-Aerzte/de/bildungsmodule-aerzte/index.html> (Stand 26.07.2021).
- 7 Umweltbundesamt (Hrsg.): Ozonsituation in Deutschland. Wissenswertes, Forschungsbedarf und Empfehlungen. 2020. Verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/dokumentation_02-2020_uba-iaas_ozon-workshop_fin.pdf (Stand 04.08.2021).
- 8 Lee, Seon Won / Yon, Dong Keon / James, Chase C. u. a.: Short-term effects of multiple outdoor environmental factors on risk of asthma exacerbations: Age-stratified time-series analysis. In: Journal of Allergy Clinical Immunology 144 (6) (2019), S. 1542-1550. Verfügbar unter <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/31536730/> (Stand 04.08.2021).
- 9 Frischer, Thomas / Studnicka, Michael / Gartner Christoph u. a.: Lung function growth and ambient ozone. A three-year population study in school children. In: American Journal of Respiratory and Critical Care Medicine 160 (2) (1999), S. 390-396.
- 10 Umweltbundesamt: App Luftqualität 2019. Verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftqualitaet/app-luftqualitaet> (Stand 26.07.2021).



- 11 Bundesamt für Strahlenschutz: UV-Strahlung. Verfügbar unter https://www.bfs.de/DE/themen/opt/uv/uv_node.html (Stand 04.08.2021).
- 12 Watts, Nick u. a.: The 2019 report of The Lancet Countdown on health and climate change: Ensuring that the health of a child born today is not defined by a changing climate. In: The Lancet 394 (10211) (2019), S. 1836-1878.
- 13 Martinez Garcia, Daniel / Sheehan, Mary C.: Extreme Weather-driven Disasters and Children's Health. In: International Journal of Health Services 46 (1) (2016), S. 79-105.
- 14 Wu, Judy / Snell, Gaelen / Samji, Hasiana: Climate anxiety in young people: a call to action. In: The Lancet Planetary Health 4 (10) (2020), S. 435-436.
- 15 Mambrey, Viola / Wermuth, Inga / Böse-O'Reilly, Stephan: Auswirkungen von Extremwetterereignissen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. In: Bundesgesundheitsblatt Gesundheitsforschung Gesundheitsschutz 62 (5) (2019), S. 599-604.
- 16 Kar, Nilamadhab: Psychological impact of disasters on children: review of assessment and interventions. In: World Journal of Pediatrics 5 (1) (2009), S. 5-11.
- 17 Brown, R. C. u. a.: Psychosocial interventions for children and adolescents after man-made and natural disasters: a meta-analysis and systematic review. In: Psychological Medicine 47 (11) (2017), S. 1893-1905.
- 18 Burke, Susie E. L. / Sanson, Anne / Van Hoorn, Judith: The Psychological Effects of Climate Change on Children. In: Current Psychiatry Reports 20 (5) (2018).
- 19 Usher, Kim / Durkin, Joanne / Bhullar, Navjot: Eco-anxiety: How thinking about climate change-related environmental decline is affecting our mental health. In: International Journal of Mental Health Nursing, 28 (6) (2019), S. 1233-1234.
- 20 Stanley, Samatha K. u. a.: From anger to action: Differential impacts of eco-anxiety, eco-depression, and eco-anger on climate action and wellbeing. In: The Journal of Climate Change and Health 1 (2021), S. 1-5.
- 21 Ebd.
- 22 Castelloe, Molly S.: Coming to Terms With Ecoanxiety: Growing an awareness of climate change. In: Psychology Today 2018.
- 23 Panu, Pihkala: Anxiety and the Ecological Crisis: An Analysis of Eco-Anxiety and Climate Anxiety. In: Sustainability 12 (2020).
- 24 Lee, Katherine u. a.: Youth perceptions of climate change: A narrative synthesis. In: Wiley interdisciplinary reviews: Climate Change 11 (3) (2020), S. 1-24.
- 25 Peter, Felix / van Bronswijk, Katharina: Die Klimakrise als Krise der psychischen Gesundheit für Kinder und Jugendliche. In: Pädiatrische Allergologie 3 (2021), S. 58-63.
- 26 ZDF: Rekordzahlen bei Klimademos. Wo die meisten Menschen auf die Straßen gingen. 2019. Verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/fazit-fridays-for-future-und-beschluesse-klimakabinet-100.html> (Stand 04.08.2021).
- 27 Psychologists / Psychotherapists for Future. Unterstützung für Engagierte. 2021. Verfügbar unter <https://www.psychologistsforfuture.org/unterstuetzung-fuer-engagierte/> (Stand 04.08.2021).
- 28 Im „Zeitalter des Menschen“ ist dieser – spätestens seit der industriellen Revolution – zum bestimmenden Faktor für das globale Ökosystem geworden. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Anthropozän. Verfügbar unter <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/anthropozan/> (Stand 04.08.2021).
- 29 Our world in data: Environmental impact of food production. Verfügbar unter <https://ourworldindata.org/environmental-impact-of-food> (Stand 04.08.2021).

- 30 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Lebensmittelabfälle in Deutschland. Verfügbar unter <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittelverschwendung/studie-lebensmittelabfaelle-deutschland.html> (Stand 04.08.2021).
- 31 Scarborough, Peter u. a.: Dietary greenhouse gas emissions of meat-eaters, fish-eaters, vegetarians and vegans in the UK. In: *Climate Change* 125 (2014), S. 179-192.
- 32 The EAT-Lancet Commission (Hrsg.): Food Planet Health. Healthy Diets From Sustainable Food Systems. Verfügbar unter <https://eatforum.org/eat-lancet-commission/eat-lancet-commissions-summary-report/> (Stand 04.08.2021).
- 33 Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Deutschland: Industrielle Tierhaltung braucht Antibiotika – und erhöht das Risiko resistenter Bakterien. Verfügbar unter <https://www.bund.net/massentierhaltung/antibiotika/> (Stand 04.08.2021).
- 34 Giubilini, Alberto / Birkl, Patrick / Douglas, Thomas u. a.: Taxing Meat: Taking Responsibility for One's Contribution to Antibiotic Resistance. In: *Journal of Agricultural and Environmental Ethics* 30 (2017), S. 179-198.
- 35 Gassmann, Michael: Fleisch ist krebserregend – den Deutschen ist es egal. 2015. Verfügbar unter <https://www.welt.de/wirtschaft/article148752926/Fleisch-ist-krebserregend-den-Deutschen-ist-es-egal.html> (Stand 04.08.2021).
- 36 The EAT-Lancet Commission (Hrsg.): Food Planet Health. Healthy Diets From Sustainable Food Systems. Verfügbar unter <https://eatforum.org/eat-lancet-commission/eat-lancet-commissions-summary-report/> (Stand 04.08.2021).
- 37 Ebd.
- 38 Bundeszentrum für Ernährung: Planetary Health Diet. Speiseplan für eine gesunde und nachhaltige Ernährung. Verfügbar unter <https://www.bzfe.de/nachhaltiger-konsum/lagern-kochen-essen-teilen/planetary-health-diet/> (Stand 04.08.2021).
- 39 Weimann, Edda: Wieso sollte jedes Krankenhaus nachhaltig wirtschaften? In: *Pädiatrische Allergologie* 4 (2020), S. 43-48. Verfügbar unter https://www.gpau.de/fileadmin/user_upload/GPA/dateien_indiziert/Sonstiges/Paediatric_Allergology_2020_4_Umwelt.pdf (Stand 04.08.2021).



Dr. med. Thomas Lob-Corzilius ist Facharzt i. R. für Kinder- und Jugendmedizin, Allergologie und Umweltmedizin, Vorsitzender der Deutschen Akademie für Prävention und Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter.

PD Dr. med. Stephan Böse-O'Reilly ist Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin sowie Umweltmedizin und Leiter der Arbeitsgruppe Globale Umweltmedizin des Instituts und der Poliklinik für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin des Klinikums der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Annika Hieronimi ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Viola Mambrey ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Prof. Dr. med. Edda Weimann ist Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Endokrinologie, Diabetes, Prof. an der Universität Kapstadt und der Technischen Universität München, Medizinische Direktorin der Fachklinik Gaißach (Klinik für chronische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter).

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

*„Indem man miteinander freundlich umgeht,
vermeidet man dicke Luft und sorgt auf diese Weise
auch im übertragenen Sinne immer für ein gutes Klima
untereinander.“*

*Ansonsten drehen wir die Heizung herunter,
wenn wir sie nicht brauchen und schalten das Licht aus,
wenn wir einen Raum verlassen. Wir starten die Waschmaschine
und die Spülmaschine erst dann, wenn sie auch wirklich voll sind.
Außerdem verzichten wir möglichst auf Palmöl,
damit nicht noch mehr Regenwald abgeholzt wird.“*

Eva auf <https://naturdetektive.bfn.de/lexikon/naturschutz/klimawandel-das-tut-ihr-fuer-den-klimaschutz.html>



Die Gedichte entstanden im Rahmen der Aktion „Klimapoesie“ der Klasse 7b des Rupert-Neudeck-Gymnasiums Nottuln.

Holger Hofmann

Zur Bedeutung ökologischer Kinderrechte

Gesellschaftliche Entwicklungen schränken Freiheit und Erfahrungsräume junger Menschen ein

Durch hohe Emissionseinsparungen wird künftig die Freiheit des Einzelnen betroffen und von Einschränkungen bedroht sein. Zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit sind vom Gesetzgeber entsprechende Vorkehrungen zu treffen und die Einsparungen gerechter zu verteilen. Gesellschaft und Politik sind also aufgefordert, sich mit „ökologischen Kinderrechten“ auseinanderzusetzen. Der Maßstab für die kommunalen Entwicklungsziele ist dabei die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK). In mehreren Artikeln der Konvention werden Ausführungen hinsichtlich der Berücksichtigung von Kinderinteressen und dem Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung gemacht. Auch wenn nicht explizit auf Kinderrechte eingegangen wird, sind die Verknüpfungen von Klimabeeinträchtigung und fehlender Naturerfahrung deutlich erkennbar. Politik sowie Stadt- und Freiraumplanung müssen die Erfahrungs- und Interaktionsqualität bei der Stadtentwicklung in den Vordergrund rücken, damit sich Freiräume für Kinder im öffentlichen Raum wieder entwickeln.

► Einführung

In der Coronapandemie haben Kinder¹ durch Ausgangsbeschränkungen und geschlossene pädagogische Einrichtungen eine Verhäuslichung in einem noch nicht gekannten Ausmaß erlebt. Dabei waren naturnahe, nicht einrichtungsgebundene Spielorte in der Pandemie weniger von Beschränkungen betroffen und konnten vor allem von Kindern aus Familien der Mittel- und Oberschicht genutzt werden, da sie über die entsprechenden Zugänge bzw. Ressourcen verfügten. In der Studie „Raum für Kinderspiel“ konnte das Deutsche Kinderhilfswerk nachweisen, dass das Draußenspielen unabhängig von der Pandemie vorwiegend von Kindern in diesen sozialen Schichten ausgeübt wird – „Straßenkindheit gleich Unterschichtskindheit“ gilt also nicht mehr.² Das Phänomen der „verhäuslichten Kindheit“ ist nicht neu. Es beschäftigt die Fachwelt schon seit den 1990er Jahren.³ Es ist jedoch dringend geboten, dass wir uns mit den Folgewirkungen, die mit dem Entzug von Bewegung, selbstbestimmter Interaktion in Peergroups und von Naturerfahrung einhergehen, wieder stärker in Wissenschaft und Politik auseinandersetzen. Gleichzeitig müssen geringe Möglichkeiten zur Naturerfahrung nicht mit geringem Interesse an der Natur bei Kindern und Jugendlichen einhergehen. Mit der Fridays for Future-Bewegung haben wir Kinder und Jugendliche erlebt, die sich gegen den Klimawandel richten und den Umgang mit den natürlichen Ressourcen anprangern. Kinder übernehmen Verantwortung, weil sie ihre eigene Zukunft bedroht sehen und erkennen, dass die Elterngeneration dies nicht ausreichend tut. Die Psychologie spricht in solchen Fällen in Bezug auf Familien von „Parentifizierung“. Einer Rollenumkehr, bei der ein Kind sich verpflichtet fühlt, die Elternrolle und damit auch Aufgaben und Verantwortungen

für die Erwachsenen zu übernehmen. Eine Familie, die von einer solchen Situation betroffen ist, benötigt Unterstützung, unsere Gesellschaft ebenso. Nur von wem?

Politiker*innen scheinen der Größe der Aufgabe nicht gewachsen. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil im April dieses Jahres erstmals deutlich gemacht, dass es Schutzpflichten und Freiheitseinschränkungen anerkennt, die sich durch den Klimawandel ergeben.⁴ Im Urteil wurde erklärt, es bestehe die Gefahr, dass durch künftig sehr hohe Emissionseinsparungen die Freiheit des Einzelnen „potenziell betroffen“ ist und damit von drastischen Einschränkungen bedroht sei. Der Gesetzgeber müsse deshalb zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit entsprechende Vorkehrungen treffen und die Einsparungen gerechter und damit frühzeitiger verteilen. Für die Klimaneutralität reichen die Regelungen im Klimagesetz nicht aus, deshalb muss die Regierung für die Zeit ab 2031 einen Fahrplan vorlegen. Dies unterstreicht: Gesellschaft und Politik sind aufgefordert, sich mit „ökologischen Kinderrechten“ auseinanderzusetzen.

Nationale und internationale Rahmgebung

Wenn wir von Rechten sprechen, denken wir zunächst an Gesetze. In Deutschland garantiert Artikel 20a des Grundgesetzes den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Verantwortung für die zukünftigen Generationen. § 1 Absatz 3 Nr. 5 Sozialgesetzbuch – Achtes Buch setzt fest, dass für junge Menschen und ihre Familien positive Lebensbedingungen sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt geschaffen und erhalten werden

sollen. Die unbestimmten Begriffe dieser Regelung geben allerdings kaum Aufschluss darüber, was genau positive Lebensbedingungen für ein gesundes Aufwachsen sind. Sie sind insoweit auslegungsbedürftig. Dies dürfte mitunter ein Grund dafür sein, dass zwischen rechtlichem Anspruch und der Umsetzung in Deutschland eine große Lücke klafft.

In der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) sind ökologische Kinderrechte zwar nicht ausdrücklich erwähnt, allerdings stellt Artikel 24 UN-KRK wichtige programmatische Leitlinien auf. Dort werden im zweiten Absatz explizit die Gefahren und Risiken von Umweltverschmutzungen genannt. Weiterhin hat der UN-Kinderrechteausschuss in Anlehnung an Artikel 24 UN-KRK ökologische Kinderrechte, ohne sie ausdrücklich als solche zu bezeichnen, in seinem General Comment No.15 zum Gegenstand von umfangreichen Ausführungen gemacht.⁵ Ebenso legt Artikel 3 Absatz 1 UN-KRK fest, dass bei allen die Kinder betreffenden Maßnahmen, also auch den ökologischen, die Interessen des Kindes vorrangig zu berücksichtigen sind. Artikel 6, ein weiteres von vier Grundprinzipien der UN-KRK⁶, enthält das Recht jedes Kindes auf Überleben und Entwicklung. Artikel 29 Abs. 1 UN-KRK schreibt die Achtung der Gemeinschaft und der natürlichen Umwelt als Bildungsziel fest. Diese rechtliche Verankerung ist neuartig und trägt dem immer bedeutender werdenden Umweltschutzgedanken Rechnung.⁷ Artikel 31 benennt das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung, das für ein gesundes Aufwachsen in einer intakten Umwelt ebenfalls einen relevanten Gesichtspunkt darstellt.

Neben den nationalen Gesetzen und der UN-KRK gilt es, einen Blick auf weitere völkerrechtliche Übereinkünfte zu werfen. Die Vereinten Nationen haben im September 2015 in New York die weltweit geltenden Ziele für nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals (SDGs), beschlossen. Alle Länder der Staatengemeinschaft haben sich verpflichtet, die UN-Agenda 2030 umzusetzen. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung ökologischer Kinderrechte. Jedes Land legt fest, wie es die einzelnen globalen Nachhaltigkeitsziele erreichen will. Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung – das sind die Leitlinien der internationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Ziel ist es, wirtschaftliche, ökologische und soziale Interessen in Einklang zu bringen.



Andere völkerrechtlich nicht verbindliche Übereinkünfte, wie die Agenda 21 oder die Prämissen der UN-Dekade für biologische Vielfalt, mit dem in Deutschland ausgelobten Sonderthema „Soziale Natur – Natur für alle“ verknüpfen Umweltschutz und Menschenrechte und legen dabei einen besonderen Fokus auf das Wohl der Kinder.

Umweltbedingungen

Trotz der dargestellten internationalen und nationalen gesetzlichen Rahmgebung werden ökologische Kinderrechte auf verschiedenen Ebenen in Deutschland beeinträchtigt: sowohl international – auf der Makroebene – als auch lokal auf der Mikroebene, also im konkreten Alltag von Kindern und Jugendlichen.

Die Auswirkung von Umweltschäden auf die Rechte von Kindern ist kein neues Thema. Doch trotz Daten, die Umweltschäden explizit mit Kinderrechtsverletzungen in Verbindung bringen, trotz des gestiegenen Bewusstseins für Umweltkrisen und trotz zahlreicher internationaler Vereinbarungen steckt das Verständnis für die Beziehung zwischen Kinderrechten und Umweltschutz noch in den Kinderschuhen. Um ein tieferes Verständnis der Inhalte und Auswirkungen der UN-KRK in Bezug auf Umweltfragen zu fördern, widmete der Ausschuss für die Rechte des Kindes seinen allgemeinen Diskussionstag 2016 dem Thema „Kinderrechte und Umwelt“. Am 23. September 2016 trafen sich mehr als 250 Expert*innen von NGOs⁸ und UN-Organisationen, Wissenschaftler*innen und Kinderaktivist*innen in Genf und thematisierten den Klimawandel, die damit verbundenen extremen Wetterereignisse, den weltweiten Temperaturanstieg und die wirtschaftlichen Auswirkungen, ebenso die damit verbundenen Folgen, wie die Verbreitung von Infektionskrankheiten, Luftverschmutzung, Hunger, Armut, Vertreibung und Tod. Insgesamt werden jedes Jahr schätzungsweise 175 Millionen Kinder Opfer von Naturkatastrophen, Tendenz steigend.⁹

Die größten Verursacher des Klimawandels sind die Industriestaaten, aber die Folgen bekommen vor allem die Länder des globalen Südens zu spüren. Auch hier sind besonders diejenigen betroffen, die am wenigsten Verantwortung tragen: Kinder. Sie brauchen weltweit gültige und verbindliche Vereinbarungen zur Bewältigung der klimabedingten Herausforderungen.

Kinder in den Industriestaaten sind insbesondere von der Luftverschmutzung betroffen, die vor allem Kinder aus ärmeren Schichten belastet, die an besonders stark befahrenen Straßen wohnen. Das hat konkrete körperliche Folgen, beispielsweise steigt die Wahrscheinlichkeit, an Neurodermitis zu erkranken, je näher ein Kind an einer befahrenen Straße lebt.¹⁰

Soziale und räumliche Entwicklungsbedingungen

Der Alltag von Kindern in Deutschland und damit der Zugang zu Naturerfahrungen hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert. Betrachtet man den Freiraum, der Kindern heute für Spiel und Bewegung zur Verfügung steht, dann müssen wir konstatieren, dass manche Kinder eine entsprechende Erfahrung nur noch im pädagogischen Rahmen von Bildungseinrichtungen machen. Sie werden morgens zur Schule gefahren, am Nachmittag wieder abgeholt, um sich zuhause mit Hausaufgaben und



dem Computer zu beschäftigen oder vielleicht noch zum Sport- oder Musikunterricht begleitet zu werden. Zunehmend sind im öffentlichen Raum immer weniger Kinder anzutreffen, die Straße als Spielraum ist heute nahezu vollständig verloren gegangen. Die Folge ist, dass der Aktionsradius von Kindern heute wesentlich geringer ist als früher bzw. auf „Inseln“ stattfindet. Sie kennen sich im Shoppingcenter besser aus als im Wohnumfeld und verpassen Gelegenheiten, wo sie Verstecken spielen, sich an Bachläufen tummeln oder Baumhäuser bauen könnten. Sie werden diese Erfahrung meist ein Leben lang nicht nachholen.

Dies reflektierend haben einige Kommunen Naturerfahrungsräume ausgewiesen. Jüngst haben es Naturerfahrungsräume sogar in das Baugesetzbuch geschafft. In § 9, der die Inhalte des Bebauungsplanes regelt, heißt es nun: „Im Bebauungsplan können aus städtebaulichen Gründen festgesetzt werden: [...] Nr. 15 „die öffentlichen und privaten Grünflächen, wie Parkanlagen, Naturerfahrungsräume, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Baplätze, [...]“

Fehlen Kindern solche Räume, so ist davon auszugehen, dass sich ihre motorischen Fähigkeiten, ihre Unabhängigkeit, ihr Selbstbewusstsein und ihre Achtung vor der natürlichen und sozialen Umwelt nachteilig entwickeln. Die Dramatik der motorischen Defizite von Kindern ist mittlerweile bekannt, durch die Coronapandemie sind sie noch stärker angestiegen.¹¹ Politische und fachliche Forderungen richten sich aber in der Regel an die Bildungseinrichtungen und an die Familie, der öffentliche Raum spielt eine untergeordnete Rolle.

Die Gegenwehr der Eltern gegenüber dem Verlust öffentlicher Freiräume ist dabei erschreckend zurückhaltend. Im Gegenteil, aus Sorge um ihr Wohlergehen gestatten Eltern ihren Kindern etwa oft erst ab einem Altern von zehn Jahren, das Wohnumfeld auf dem Fahrrad eigenständig zu erobern, obgleich dies in ihrer eigenen Kindheit noch mit sechs Jahren üblich war. Die jüngere Elterngeneration hat eine „Straßenkindheit“ häufig gar nicht mehr selbst erleben dürfen und zieht sich zum Spielen mit dem Nachwuchs ganz selbstverständlich auf den klassischen, vermeintlich sicheren Spielplatz zurück, statt gemeinsam Freiräume in der Natur zu erobern und den Kindern die gesamte Kommune als Spielraum zu offerieren. Ökologische Kinderrechte helfen

demgegenüber, ein Bewusstsein für die Bedeutung von naturnahen und nicht zweckbestimmten Spielräumen zu schaffen.

Politische und gesellschaftliche Schlussfolgerungen

Zwischen den ökologischen Kinderrechten und ihrer Berücksichtigung besteht in Deutschland eine enorme Kluft. Da arme Kinder weltweit, aber auch in Deutschland besonders betroffen sind, muss die soziale Dimension eine starke Berücksichtigung finden.

Weil die Kinder am meisten vom Klimawandel betroffen sind, sollten sie selbst aktiv in entsprechende Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ohne die Mitwirkung und Kompetenz von Kindern und Jugendlichen werden die Nachhaltigkeitsziele kaum erreicht werden können. Kinder und Jugendliche sind in Sachen Klimawandel „Seismographen“. Sie interessieren sich für ihre Umwelt, beobachten diese genau und bemerken so Veränderung oft zuerst. Dabei gilt auch zu berücksichtigen, dass Kinder in ihren Familien oft als Multiplikator*innen wirken, ihr Wissen weitergeben und motivieren, danach zu handeln.

Die Risikobewertung von Schadstoffen sollte sich entsprechend Artikel 3 UN-KRK an der besonderen Vulnerabilität von Kindern orientieren. Umwelteinwirkungen auf die körperliche Entwicklung von Kindern, insbesondere hinsichtlich von Atemwegs-, Haut- und Immunsystemerkrankungen, aber auch Auswirkungen auf ihre psychische Entwicklung müssen in Längsschnittstudien erforscht und bewertet werden.

Kinder sind schon in frühen Jahren Verbraucher*innen und in dieser Rolle mit umwelt- und gesundheitsschädlichen Stoffen konfrontiert. Sie müssen darin bestärkt werden, eigene Entscheidungen zu treffen und treffen zu können. Umweltbildung und aktives umweltgerechtes Handeln, beispielsweise bei der Auswahl von Nahrungsmitteln, müssen einen festen Platz in Kita, Schule und Hort haben. Zudem braucht es leicht verständliche und verpflichtende Produktkennzeichnungen wie Lebensmittelampeln. Schließlich muss die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung die Rechte der jungen Generation sowie der zukünftigen Generationen konsequent berücksichtigen. Vorgaben, wie sie in internationalen Klimaschutzabkommen festgehalten sind, gilt es einzuhalten.

Damit sich Freiräume für Kinder im öffentlichen Raum wieder entwickeln, müssten aber auch Politik sowie Stadt- und Freiraumplanung davon wegkommen, Stadtentwicklung an den Prämissen der Funktionalität und Ästhetik auszurichten. Stattdessen sollten Erfahrungs- und Interaktionsqualität in den Vordergrund rücken. Davon würden nicht minder alle Generationen und deren Interaktion untereinander profitieren. Die Bedeutung des öffentlichen Raums „als dritter Pädagoge“¹² muss die fachliche Diskussion von Planer*innen wieder mehr bestimmen, denn Kinder entwickeln sich maßgeblich durch den Einfluss der räumlichen Umgebung. Dies betrifft selbstredend ihre körperliche und soziale Entwicklung. Kinder, die beispielsweise mit der Natur gut „zurechtkommen“, entwickeln ein größeres Maß an Selbstvertrauen und Resilienz.¹³ Nicht zuletzt steht eine einseitig verstandene Bildung, die sich an Quantität ausrichtet, Freiräumen von Kindern entgegen.

Selten zu hören ist die Forderung nach frei zugänglichen und gestaltbaren Spielflächen im Wohnumfeld, nach einem Kinderbau-

ernhof, der Kontakt zu Heim-, Haus- und Nutztieren bietet, nach Bauspielflächen oder nach dem Erhalt von Brachflächen. Demgegenüber sind von den Sparmaßnahmen der Kommunen oftmals eben diese Maßnahmen betroffen.

Pädagogische Konzepte wie Natur- oder Waldkindergärten sind eher die Ausnahme und Schulklassen pilgern meist nur zum Wandertag in die freie Natur – ein Unterricht im Freien, gar außerhalb des Schulgeländes und des üblichen Schulstundensettings, zählt nur bei wenigen Schulen zum Alltag. Forderungen aus der Fachwelt, wie jene nach einem regelmäßigen Schultag im Wald oder der jüngst in den Medien auftauchende Ruf nach einem verbindlichen Schulgartenunterricht sollten daher stärkere Berücksichtigung finden. Dabei zeigten nicht zuletzt die pandemiebedingten Einschränkungen, wie wertvoll ein naturnahes Außen Gelände mit grünem Klassenzimmer u. ä. ist. Insgesamt wird deutlich, die Idee ökologischer Kinderrechte ist ein Leitfaden, um Bedingungen für ein kindgerechtes Aufwachsen zu identifizieren und eine gerechtere und zukunftsfähige Welt für alle Menschen zu schaffen. Demgegenüber sind sie jedoch in Gesellschaft und Politik weder ausreichend entfaltet noch durch Gesetze oder im Verwaltungshandeln abgesichert. ■

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden wird der Kindheitsbegriff der UN-Kinderrechtskonvention verwandt. Demnach ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt.
- 2 Die Publikation zur Studie „Raum für Kinderspiel!“ des Deutschen Kinderhilfswerkes ist erhältlich über <https://www.dkhw.de/schwerpunkte/spiel-und-bewegung/studie-raum-fuer-kinderspiel/> (Stand 20.07.2021).
- 3 Vgl. etwa Zinnecker, Jürgen: Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. Kindheitsgeschichte im Prozeß der Zivilisation. In: Behnken, Imbke (Hrsg.): Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation. Konfigurationen städtischer Lebensweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Opladen 1990, S. 142-162.
- 4 <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> (Stand 18.06.2021).
- 5 Vgl. Schmahl, Stefanie: Kinderrechtskonvention mit Zusatzprotokollen. Handkommentar, 2. Aufl. Baden-Baden 2017, Art. 24 Rn. 23ff.
- 6 <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/aufbau-der-konvention/> (Stand 26.06.2021).
- 7 Vgl. Schmahl 2017, Art. 28/29 Rn. 23 ff.
- 8 Non-governmental organisations (Nichtregierungsorganisationen) sind unabhängige, nichtstaatliche Organisationen, die keine Gewinnziele verfolgen. Sie engagieren sich für soziale, gesellschaftspolitische oder umweltrelevante Zwecke.
- 9 Vgl. <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRC/Pages/Discussion2016.aspx> (Stand 26.06.2021).
- 10 Vgl. Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“. Vgl. https://www.ekfz.tum.de/system-ordner/nachricht-detail/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=100&cHash=211ae0823ee2e79af0ac22018c25a00c (Stand 26.06.2021).
- 11 Vgl. https://www.ekfz.tum.de/system-ordner/nachricht-detail/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=100&cHash=211ae0823ee2e79af0ac22018c25a00c (Stand 26.06.2021).
- 12 Der Pädagoge Loris Malaguzzi, einer der Begründer der frühkindlichen Reggio-Pädagogik, prägte den Begriff vom Raum als dem „dritten Pädagogen“. Nach diesem Konzept beeinflusst ein inspirierendes Umfeld den Lernerfolg. Dies gilt für den Kita- und Schulbau, aber auch für außerschulische Lernräume wie Museen, den Stadtraum insgesamt und die Natur.
- 13 Vgl. Späker, Thorsten: Zur Bedeutung des Erfahrungsraums Natur für eine psychomotorisch-motologische Entwicklungs- und Gesundheitsförderung, <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2016/0846/pdf/dts.pdf>, S. 291 ff (Stand 26.06.2021).

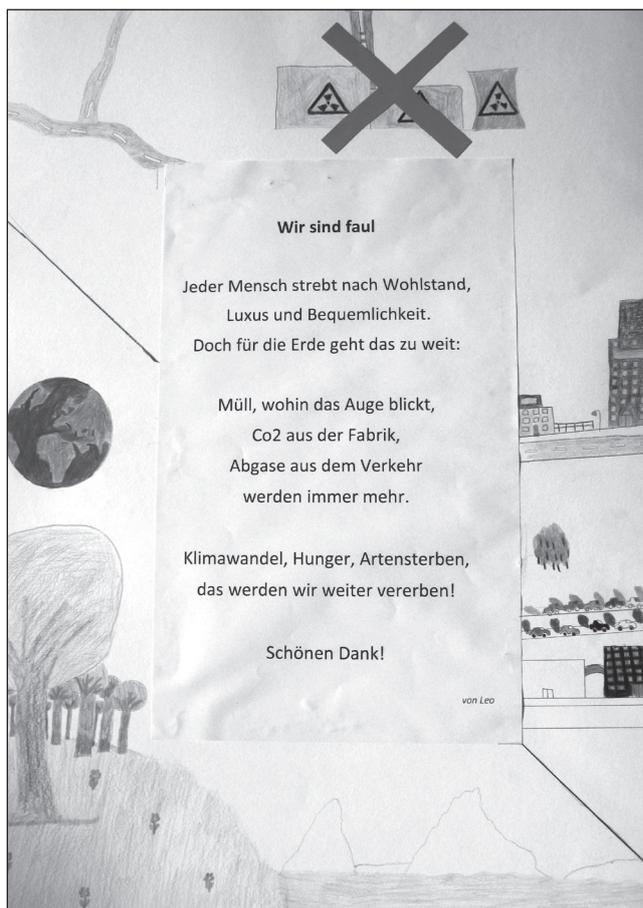


Holger Hofmann, Dipl.-Sozialarbeiter und Mediator, ist seit Mai 2012 Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

*„Ich finde, dass man das Auto möglichst wenig benutzen sollte.
Man kann genauso gut mit dem Fahrrad fahren.
Zur Schule fahre ich immer mit dem Bus, weil es zu weit ist.
Andere Kinder aus meinem Dorf werden mit dem Auto gebracht.
Das finde ich Quatsch, weil der Bus ja sowieso fährt.“*

Nils auf <https://naturdetektive.bfn.de/lexikon/naturschutz/klimawandel-das-tut-ihr-fuer-den-klimaschutz.html>



Lukas Sparenborg

Was schulden wir zukünftigen Generationen?

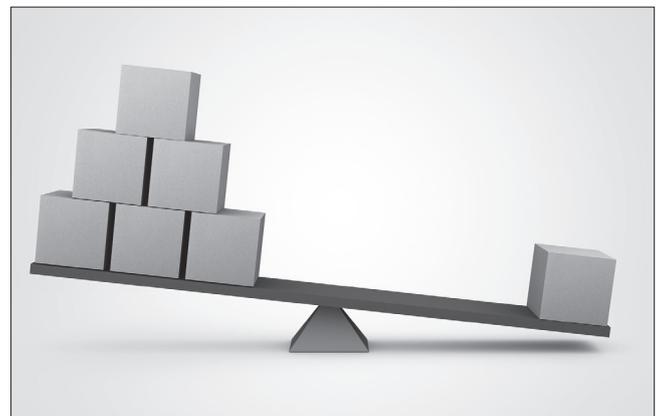
Die Klimakrise und die Frage nach Gerechtigkeit

Unser jetziger Umgang mit der Klimakrise hat Folgen für Generationen, die nach uns leben. Was wir ihnen schulden, ist zentrale Frage der Klimagerechtigkeit. Ein Einblick in eine komplexe Debatte.

▶ Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise in mindestens zweierlei Hinsicht. Erstens in Bezug auf internationale Gerechtigkeit und die örtliche Dimension der Klimakrise: Vor allem industrialisierte Staaten im globalen Norden haben exzessiv Treibhausgase, zentraler Treiber der globalen Erwärmung, ausgestoßen, während insbesondere die Länder im globalen Süden von den mittelbaren Folgen durch klimatische Veränderungen betroffen sind. Um zwei Beispiele zu nennen: Häufig auftretende Dürren machen Hungersnöte wahrscheinlicher und ein steigender Meeresspiegel bedroht riesige Landflächen und Gemeinschaften. Wenngleich sich Extremwetterverhältnisse auch in industrialisierten Staaten mehren – man denke etwa an die aktuellen Dürren in den USA und Kanada oder an die desaströsen Auswirkungen der Hochwasser in Europa im Juli 2021 – so trifft die Klimakrise eben nicht alle gleichermaßen. Ärmere Staaten sowie benachteiligte soziale Gruppen sind einem höheren Risiko ausgesetzt, auch weil ihre Möglichkeiten der Klimaanpassung eingeschränkt sind.

Eine Gerechtigkeitskrise ist die Klimakrise zweitens in Bezug auf intergenerationale Gerechtigkeit und die zeitliche Dimension: Treibhausgasemissionen bleiben über eine lange Zeit in der Atmosphäre, sodass das Klima langfristig beeinflusst wird – mit katastrophalen Konsequenzen. Der Weltklimarat projiziert, dass je später die Staatengemeinschaft ein effektives Transformationsprogramm auflegt, dessen wichtigster Aspekt die Überwindung fossiler Energieträger sein muss, desto verheerender werden die Verluste an Land, Biodiversität und somit an Lebensgrundlage. Das rückt die Frage der Gerechtigkeit zwischen Generationen in den Mittelpunkt: Welche moralischen Verpflichtungen haben wir gegenüber den Generationen, die in 30, 60 oder 180 Jahren leben werden? Was müssen wir jetzt tun?

In diesem Beitrag kann ich mich diesen komplexen Fragen nicht im Detail widmen. Vielmehr möchte ich hier eine kurze Einführung geben. Zunächst geht es um zwei Herausforderungen. Zum einen stellt sich die Frage, was unsere Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen von denen unterscheidet, die wir jetzt gegenüber anderen haben. Zum anderen geht es um das schwierige theoretische Problem der „Nicht-Identität“, das unter anderem auf Derek Parfit zurückgeht. Abschließend möchte ich die gerechte Verteilung von Risiken in Transformationsprozessen als mögliche Gerechtigkeitsverpflichtung anführen.



Was unterscheidet Gerechtigkeitsverpflichtungen gegenüber Menschen heute und zukünftig?

In aktuellen Debatten um Naturkatastrophen oder den Ausstieg aus fossilen Energieträgern wird häufig das Argument genannt, man sollte dies für unsere Kinder und Enkelkinder tun oder generell für die Generationen, die noch folgen werden. Was steckt dahinter? Zunächst muss geklärt werden, wann ein Gerechtigkeitsverhältnis zwischen Personen besteht. Dies besteht zwischen zwei Personen in der Regel, wenn ein Machtverhältnis zwischen ihnen besteht, wenn beispielsweise das Handeln des einen die Freiheit des anderen einschränken kann. In diesem Verhältnis zueinander sind wir es einander schuldig, unsere Handlungen zu begründen und rechtfertigen. Kann eine Person gegenüber einer anderen dieses Verhältnis nicht mit guten Gründen rechtfertigen, kann man von einer Ungerechtigkeit sprechen. Diese relationale Gerechtigkeitspflicht setzt keine örtliche, aber doch zeitliche Nähe voraus. Selbstverständlich können wir uns gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern rechtfertigen. Wenn wir uns aber vorstellen, dass wir uns gegenüber zukünftigen Generationen, also denjenigen Menschen, die (noch) nicht existieren, rechtfertigen sollen, so fällt auf, dass keine unmittelbare Gegenseitigkeit und Kooperation bestehen. In anderen Worten, zukünftige Generationen können nicht wechselseitig und direkt mit uns kommunizieren, ein Gründeaustausch ist nicht möglich. Das schließt die Möglichkeit der Gerechtigkeitspflicht selbstverständlich nicht aus, sondern verweist nur auf die Unterschiedlichkeit.

Parfits Herausforderung: Das Problem der Nicht-Identität

Der britische Philosoph Derek Parfit hat in seinem Werk *Reasons and Persons* bereits 1984 ein zentrales Problem formuliert, das Theorien intergenerationaler Gerechtigkeit umgehen müssen: Das Problem der Nicht-Identität.¹ Parfit fragt, inwiefern wir zukünftigen Generationen schaden können, wenn ihre Existenz das Resultat unseres jetzigen Handelns ist. Um die Tragweite der Herausforderung zu verstehen, nehmen wir zunächst an, dass eine Person eine bestimmte Identität hat, weil sie zu einem Zeitpunkt gezeugt wurde. Wenn diese Annahme stimmt, hängt die Identität von Personen davon ab, wann Personen sich treffen, verlieben und schlussendlich für ein Kind entscheiden. Ein Beispiel: Ein Paar, Mats und Emma, das sich entscheidet, 2021 kein Kind zu bekommen, 2023 aber schon, wird im späteren Fall ein anderes Kind haben als im Falle der Zeugung 2021. Selbstverständlich gilt dies auch, wenn sich das Paar innerhalb des Zeitraums ändert, also nun Mats und Lisa ein Kind bekommen.

In einem zweiten Schritt übertragen wir das Beispiel und stellen uns zwei Szenarien vor: Eine Gesellschaft entscheidet über ihre Energiepolitik. Dies beinhaltet die Entscheidung, ob eine wichtige Ressource entweder 1. komplett genutzt oder 2. ein Teil davon nachhaltig für zukünftige Generationen aufgehoben wird. Das erste Szenario würde zu einer Verschlechterung der Lebensqualität zukünftiger Generationen führen, während das zweite Szenario stärkere Einschränkungen für jetzige Generationen bedeutet. Parfit argumentiert, dass solche politischen Entscheidungen weitreichende Implikationen haben. Durch die Politik werden Lebenswege geprägt, sodass in den beiden Szenarien Menschen anders handeln: Sie ziehen in andere Städte, nutzen andere Optionen, treffen eben auch andere Personen und gehen Beziehungen mit diesen ein. Für Parfit ist es daher plausibel, dass nach einigen Jahrzehnten die Auswirkungen so deutlich sind, dass im ersten Szenario andere Personen existieren als im zweiten.

Daraufhin überlegt Parfit, ob den Personen, die nach einigen Jahrzehnten im ersten Szenario leben, geschadet wurde; immerhin ist eine wichtige Ressource nun nicht mehr verfügbar, die Lebensqualität also geringer. Wenn jedoch die ersten zwei Schritte korrekt sind, existieren die Personen im ersten Szenario nur, weil die Personen sich damals für diese Energiepolitik entschieden haben. Sie verdanken ihre Existenz diesem Umstand. Können wir Menschen mit einer Entscheidung schaden, wenn doch ihre Existenz durch diese Entscheidung bedingt wurde? Dies scheint besonders problematisch zu sein, da die Personen im ersten Szenario im zweiten gar nicht existierten.



Parfits Problem der Nicht-Identität argumentiert nicht gegen Gerechtigkeitspflichten gegenüber zukünftigen Generationen, es stellt jedoch eine Herausforderung für unser Denken darüber dar. Theorien der intergenerationalen Gerechtigkeit, die darauf reduzierbar sind, zukünftigen Generationen nicht zu schaden, können das Problem der Nicht-Identität nicht lösen, weil diese die unterschiedliche personale Identität nicht fassen können. Parfits Herausforderung enthält drei intuitive Annahmen, von denen aber nur zwei gleichzeitig haltbar sind: 1. Eine Handlung ist nur dann schlecht, wenn sie schlecht für eine Person ist. 2. Eine Handlung, die die lebenswerte Existenz einer Person zur Folge hat, kann nicht schlecht für diese Person sein. 3. Trotzdem ist etwas falsch daran, das erste Szenario zu wählen. Wie können wir stattdessen über unsere Pflichten gegenüber zukünftigen Generationen nachdenken und gleichzeitig Parfits Herausforderung meistern?

Strukturelle Transformation und Risiken über Generationen

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, auf Parfits Herausforderung zu reagieren. Umstritten ist jedoch, ob sie jemals bestanden wurde.² In Anbetracht der Dringlichkeit der Klimakrise gibt es verschiedene Ansätze, wie wir beispielsweise die Risiken der Klimakrise über einen langen Zeitraum gerechter verteilen.

Zu Beginn habe ich erläutert, dass die Klimakrise internationale Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten entlang mannigfaltiger Diskriminierungsmuster verstetigt. Während einige reiche Regionen enorme Mengen an Treibhausgasen emittieren, leiden andere unter fehlendem Zugang zu Energie. Ärmere Regionen haben gleichzeitig mit noch häufigeren Naturkatastrophen zu kämpfen. Vom moralischen Standpunkt aus ist es also zentral für die Bewältigung der Klimakrise, dass wir die Art und Weise, wie wir Energie gewinnen und konsumieren, nachhaltig transformieren und dabei die ungerechten Machtpositionen reflektieren.

Die Klimakrise erfordert somit die Transformation in Richtung nachhaltiger und gerechter Energieproduktion. Dies richtet sich grundlegend an die Art und Weise, wie unser Wirtschaftssystem aufgebaut ist. Das Emittieren von Treibhausgasen, die Externalisierung von Schäden an der Natur muss dabei ohne die Verstärkung struktureller Ungerechtigkeiten auskommen.³ Das heißt, die Transformation muss die oben angesprochene internationale Gerechtigkeitsfrage mitdenken und vermeiden, bereits benachteiligten Gruppen noch weiter zu schaden.

Es scheint evident, dass strukturelle Transformation gerecht innerhalb jetziger Generationen sein muss. Doch was haben zukünftige Generationen damit zu tun? Es gibt hier einen grundsätzlichen Mechanismus: Da Strukturen die Rahmenbedingungen darstellen, in denen Generationen handeln und diese sich über einen längeren Zeitraum weiter verstetigen – das heißt, wir emittieren weiter Treibhausgase und befeuern die globale Erwärmung bis hin zu gefährlichen Kippunkten –, werden die Risiken der Klimakrise beim Nicht-Handeln einer Generation immer größer und die Handlungsmöglichkeiten geringer.⁴ Somit werden die Gefahren der Klimakrise ungerecht verteilt und zukünftige Generationen in eine schlechtere Position gebracht. Jede Generation, die nicht handelt, erhöht somit das Risiko für die nachfolgenden Generationen. Das schließt auch vergangene Generationen ein, die trotz besseren Wissens nicht das getan haben, was nötig war. Um die Risiken jedoch einigermaßen gerecht über die

nächsten Generationen zu verteilen, müssen wir die strukturelle Transformation jetzt stark voranbringen. Wir brauchen eine CO2-neutrale Wirtschaft und Zugang zu günstiger erneuerbarer Energie in den kommenden 30 Jahren. Unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen in Bezug auf die Klimakrise besteht somit darin, die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens zu verändern, um die Risiken der Klimakrise gerechter über die Generationen zu verteilen.

Fazit

Wenngleich wir gesehen haben, dass unsere Verantwortung gegenüber jetzigen und zukünftigen Generationen unterschiedlicher Natur sind und eine Theorie intergenerationaler Gerechtigkeit das Problem der Nicht-Identität aus dem Weg räumen muss, so ist die Dringlichkeit der Klimakrise unausweichlich. Ich habe mich auf die strukturelle Transformation der Wirtschaft konzentriert und zu zeigen versucht, dass noch längeres Nicht-Handeln zu großen Risiken und tiefgreifenderen Ungerechtigkeiten für die weitere Generationen führen werden. Aus dem Blickwinkel der Gerechtigkeit schulden wir zukünftigen Generationen, dass wir die Handlungsspielräume nicht weiter eingrenzen, damit die Risiken nicht unausweichliche Realität werden. Dabei bleiben viele Fragen ungeklärt: Wie fair ist es, dass viele Generationen zuvor nicht gehandelt haben? Wie sehr schränkt die Transformation jetzige Generationen ein und wie gerecht ist das? Zweifelsohne müssen die wohlhabenden Staaten und Akteur/-innen nun stärkere Ambitionen entwickeln. Denn es ist wichtig, inter- und intragenerationale Gerechtigkeitspflichten gleichzeitig zu bedenken. Dies ist nur möglich, wenn die wohlhabenden Industrienationen und großen Firmen entschieden handeln – jetzt. ■



Anmerkungen

- 1 Im Folgenden beziehe ich mich auf Parfit 1984, Kapitel 16.
- 2 Für einen Überblick siehe beispielsweise Campos 2018.
- 3 Für eine Ausführung der Konzeption struktureller Ungerechtigkeiten, auf die ich mich hier stütze, siehe Young 2011.
- 4 Für einen ähnlichen Ansatz siehe Moellendorf / Schaffer 2016.

Literatur

- Campos, Andre Santos: Intergenerational Justice Today. In: Philosophy Compass 13 (3), 2018, S. 1-12.
- Moellendorf, Darrel / Schaffer, Axel: Equalizing the Intergenerational Burdens of Climate Change – An Alternative to Discounted Utilitarianism. In: Midwest Studies in Philosophy 40 (1) 2016, S. 43-62.
- Parfit, Derek: Reasons and Persons. Oxford 1984.
- Young, Iris Marion: Responsibility for Justice. Oxford 2011.

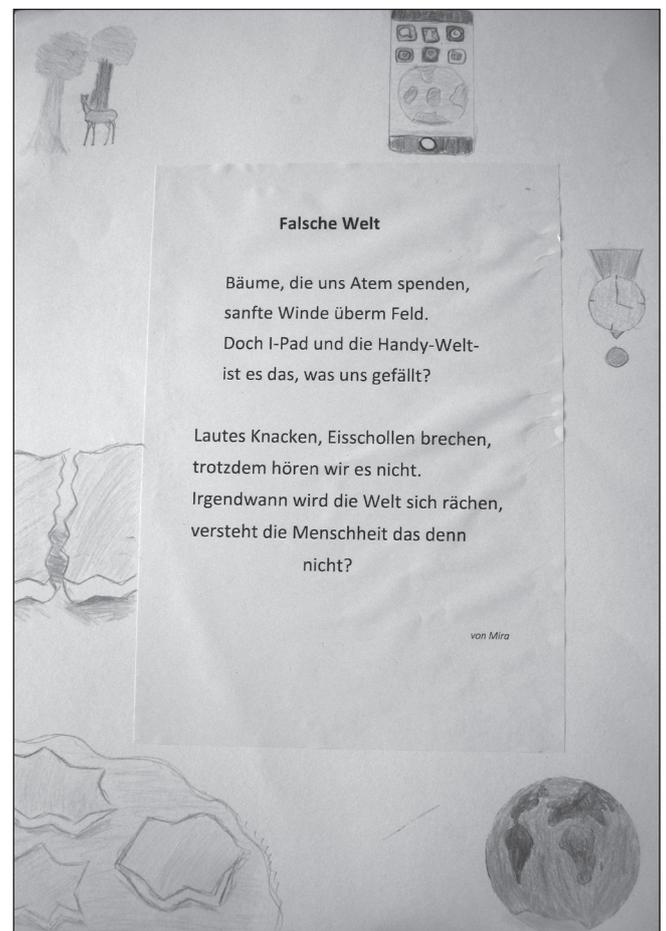


Lukas Sparenborg M. A. studierte Politikwissenschaften und promoviert aktuell an der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema Klimawandel und Generationengerechtigkeit aus der Perspektive struktureller Ungerechtigkeiten.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

*„Menschen fällen Bäume, um vieles zu bauen und zu erschaffen und zerstören aber die Natur. Das ist sehr schlecht!
Ich fahre im Frühling und im Sommer fast nur mit dem Fahrrad (oder versuche das zumindest sehr oft), und ich und meine Familie versuchen, fast auf Plastik zu verzichten. Damit das mit dem Klimaschutz klappen soll, müssen wir das alle machen!“*

Ariadna auf <https://www.kindersache.de/bereiche/juki/trickfilme/wissen-ist-toll>



Interview mit Viola Prietz und Ben Sauer

Engagement für eine nachhaltige Gesellschaft

Freiwilligendienst mit Perspektive auf den Klimawandel und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Junge Erwachsene engagieren sich im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) für Umweltschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeit und ökologische Bildung. Dabei erleben sie deutlich die Auswirkungen der Klimakrise, etwa auf die menschliche Arbeitswelt und die Artenvielfalt in der Natur. Als ernsthafte Bedrohung für die Zukunft junger Menschen benennen Teilnehmende des FÖJ den Klimawandel und fordern politische Maßnahmen. Deren Umsetzung ist eine Aufgabe der gesamten Weltgemeinschaft, die Nachhaltigkeit mittragen muss.



Viola Prietz, Felix Pawlowski, Ben Sauer und Gero Wissen (v. l. n. r.) auf ihrer letzten Landesdelegiertenkonferenz in Essen

► Hat der Freiwilligendienst für euch vorwiegend eine ökologische Bedeutung?

Ja, die inhaltlichen Aspekte werden auf allen Ebenen, also auf der Arbeit und zwischen uns FÖJ-ler*innen, ganz stark durch Ökologie und Nachhaltigkeit geprägt. Trotzdem ist für die meisten von uns das freiwillige Jahr auch ein wichtiges Engagement für die Gesellschaft und Gerechtigkeit, eine wichtige Orientierungszeit für unser späteres Leben und ein Ausprobieren in konkreten Arbeitsmärkten.

Gilt das Engagement im Umweltschutz auch der Sorge um die klimatische Zukunft?

Umwelt und Klimaschutz sind zwei untrennbare und eng miteinander verknüpfte Dinge, die auch nur gemeinsam bewältigt werden können. Definitiv wurden einige FÖJ-ler*innen durch größeres Engagement in der Klimaschutzbewegung dafür begeistert, genauso aber auch andersherum.

Wie kann das FÖJ dazu beitragen, dass Ökologie und Klimaschutz einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft erreichen?

Das FÖJ bietet vielen jungen Menschen eine Perspektive auf nachhaltige Arbeit und Engagement im Naturschutz und somit auch eine Möglichkeit, die Dimensionen des ökologischen Schaffens in der Gesellschaft auszubauen. Insbesondere die Freiwilligen, die täglich in der Bildung für nachhaltige Entwicklung arbeiten und auch ehrenamtlich Tätige, sind dauerhaft engagiert, wichtige Nachhaltigkeitsthemen zu vermitteln. Außerdem wird das FÖJ von einem legitimiert demokratischen Sprecher*innengremium vertreten, durch das wir aktiv auf konkreten Handlungsbedarf zum Klimaschutz aufmerksam machen. Das FÖJ verlangt von der Politik bundesweit vereint nach Maßnahmen, die den Freiwilligendienst und den Fortbestand der Erde gewährleisten sollen.

Seht ihr euch mit dem Klimawandel konfrontiert oder gar vom Klimawandel in eurem Leben bedroht?

Ja, wir sehen besonders während unseres ökologischen Freiwilligenjahres die Auswirkungen, die der Klimawandel schon jetzt auf unsere derzeitige Arbeitswelt ausübt. Das Waldsterben oder die rasant schwindende Artenvielfalt begegnet uns zu oft. Wir beobachten zusätzlich die stärker werdenden Folgen, die der Klimawandel global annimmt und fühlen uns dahingehend in unserer Zukunft bedroht.

Gibt es Einschränkungen in eurem Leben, die mit dem Klimawandel zu tun haben (könnten)?

Wenn wir z. B. auf die Wetterextremlage schauen, sehen wir starke Beeinflussungen. Nachteile erfahren wir selbst bisher kaum, weil die meisten Nachteile die z. B. die Landwirtschaft trägt, durch unsere privilegierte Situation als Deutsche bzw. Europäer abgefedert oder entfernt sind.

Seht ihr eine Chance, dass der Klimawandel aufzuhalten ist? Oder zumindest zum Stillstand gebracht wird? Wenn ja, welche Einschränkungen in eurem Leben würdet ihr dafür in Kauf nehmen?

Wir sehen ganz konkrete Veränderungsmöglichkeiten, die realistisch umsetzbar sein könnten. Deswegen fordern wir auch in



dieser Hinsicht direkte politische Maßnahmen, mit denen wir weitere Schäden verhindern müssen. Wir sind verpflichtet, als Gesellschaft alle möglichen Konsequenzen auf unser sowieso unverantwortliches Konsumverhalten zu erdulden. Wichtig ist, dass bei einer Einschränkung unserer Konsumfreiheit keine Menschen übervorteilt werden und dass weniger privilegierte Menschen nicht so stark betroffen sind wie bisher.

Glaubt ihr, dass die Mehrheit der Menschen mitmacht?

In erster Linie muss die Mehrheit der Menschen erst einmal wollen. Wenn die politische Chance auf Veränderung besteht, dann könnten wir mit dieser Unterstützung schon immense positive Veränderungen bewirken. Nicht jeder Mensch muss dafür als Akteur*in aktiv sein, aber zumindest vereint hinter dem nachhaltigen Gedanken und den damit einhergehenden Maßnahmen stehen.

Ist der Klimawandel eines unserer größten Probleme in der Zukunft?

Ja, definitiv. Und auch eines der dringlichsten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Gundis Jansen-Garz. ■

Viola Prietz, Jahrgang 2002, hat sich in ihrem FÖJ 2020-2021 in der Biologischen Station Oberberg engagiert. Praktischer Naturschutz, Umweltbildung und Büroarbeit waren ein Jahr ihr Alltag. Sie war Gruppen- und Landessprecherin des FÖJ und damit auch als Bundesdelegierte auf Bundesebene aktiv. Als Landessprecherin widmete sie sich insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit und gestaltete den

Instagram-Account der Sprecher*innen zum FÖJ und zu Themen der Nachhaltigkeit.

Ben Sauer, Jahrgang 2002, hat sein FÖJ an der Universität Siegen im Fachbereich Biologie absolviert. Er war dort im Artenschutz (Monitoring), in der Forschung und in der Umweltbildung aktiv. Als Landessprecher organisierte er als einheitlichen Landesaktionstag bundesweit einen Spendenlauf für die Freiwilligen.

■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Die Menschen sehen, es wird ungemütlich für uns, wenn sich nichts ändert. Wir als youngcaritas-Akteure sind auch das Sprachrohr nach innen, um auch die ‚Old Caritas‘ mit jungen Gedanken zu erreichen.“

Laura Karisch, youngcaritas, in Caritas in NRW 3/2021



Das FÖJ NRW auf einen Blick

Im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) engagieren sich über 350 16- bis 26-Jährige ein Jahr lang für den Natur- und Umweltschutz in ganz NRW. Die Aufgaben in den Einsatzstellen reichen vom praktischen Natur- und Umweltschutz über Umweltbildung zu gärtnerischen Tätigkeiten und Aufgaben in der ökologischen Landwirtschaft. Die pädagogische Begleitung und Organisation des FÖJ erfolgt durch die FÖJ-Zentralstellen der LVR- und LWL-Landesjugendämter. Durch eine Quote des Landes, nach der

50 Prozent der Freiwilligen keinen oder einen Sek1-Abschluss haben müssen, wird die sozialpolitische Ausrichtung des FÖJ sichergestellt. Die finanzielle Förderung erfolgt durch den Bund, das Land NRW und den LVR.

Weitere Informationen unter www.foej.lvr.de und www.foej.lwl.org/de.

Leonie Reuter / Maike Gossen

Klimaschutzengagement junger Menschen

Zwischen individuellen Verhaltensweisen und kollektivem Aktivismus

Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind Jugendlichen wichtig, sowohl im Alltagshandeln als auch beim kollektiven Einsatz gegen den Klimawandel. Dabei ist das Vertrauen in die Wirksamkeit individueller und gemeinschaftlicher Handlungen zentral für die Haltung und Motivation zum Engagement. Ermutigung und Befähigung zum Handeln können durch Umweltbildung im Sinne einer politischen Bildung förderlich für eine gelebte Demokratie sein, an der junge Menschen – nicht nur im Klimaschutz – partizipieren.

► Fridays for Future-Bewegung als Schlüsselerlebnis für das Klimaengagement junger Menschen

Dass Umwelt- und Klimaschutz für viele junge Menschen zu einem wichtigen Thema geworden ist, zeigen Studien schon seit einigen Jahren.¹ Auch in ihrem Alltags- und Konsumverhalten spielen Nachhaltigkeitsaspekte eine Rolle – vor allem dann, wenn entsprechende Verhaltensweisen vergleichsweise einfach umzusetzen und wenig voraussetzungsvoll sind, wie etwa den Plastikverbrauch zu reduzieren oder Biolebensmittel zu kaufen.² Mit Fridays for Future, einer von Schüler*innen initiierten und geleiteten politischen Bewegung, aber auch anderen Gruppen wie Extinction Rebellion oder Ende Gelände, hat das Engagement für Klimaschutz eine neue Dimension erreicht. Die Resonanz und Reichweite sind gestiegen und insbesondere Fridays for Future konnte viele junge Menschen mobilisieren. So kannten im Frühjahr 2019 rund 80 Prozent der 14- bis 22-Jährigen die Bewegung, ein Viertel hat schon einmal mitgestreikt und viele können es sich zukünftig vorstellen.³

Durch die Coronapandemie hat sich die Situation allerdings verändert: Klimaschutz ebenso wie Fridays for Future standen zuletzt nicht mehr im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, und die Demonstrations- und Versammlungsverbote haben die Dynamik und Einflussnahme von Fridays for Future (zumindest temporär) unterbrochen. Derzeit ist es eine offene Frage, ob das hohe öffentliche Interesse am Klimaschutz weiterhin bestehen bleibt und wie junge Menschen das Engagement für Klimaschutz einschätzen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir mit dem vorliegenden Beitrag Antworten auf die folgenden Fragen finden:

- Wie wirksam ist das Klimaschutzengagement in den Augen junger Menschen?
- Wo verorten sie die größten Erfolgspotenziale für den Klimaschutz im Möglichkeitsraum zwischen individuellen Verhaltensweisen und kollektivem Aktivismus?
- Welche Schlüsse ziehen sie daraus für ihre eigenen Handlungsoptionen?



Dieser Artikel präsentiert empirische Ergebnisse zum Thema Klimaschutzengagement aus der Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen!“ 2021.⁴ Die diesjährige Jugendstudie wurde zum dritten Mal in Folge durchgeführt und besteht im Kern aus einer qualitativen Erhebung und einer repräsentativen Befragung in der Altersgruppe der 14- bis 22-Jährigen. Wir stellen im Folgenden vorläufige qualitative Befunde aus den Duo-Interviews vor, die mit jeweils zwei miteinander befreundeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen Januar und März 2021 geführt wurden.

Im nächsten Absatz führen wir zunächst theoretisch in das Thema Wirksamkeitserwartungen im Kontext von Klimaschutzengagement ein, bevor wir die Interviewergebnisse und daraus abgeleitete Positionen engagementbezogener Wirksamkeitserwartungen vorstellen. Wir schließen den Artikel mit Schlussfolgerungen und praktischen Implikationen ab.

Wirksamkeitserwartungen an individuelles und kollektives Engagement

Das Vertrauen in die Wirksamkeit eigener Handlungen spielt eine zentrale Rolle für die Handlungsmotivation.⁵ Das gilt auch für

den Kontext von Klimaschutzengagement: Ob der persönliche Einsatz für den Klimaschutz als sinnvolle Handlungsoption in Frage kommt, ist maßgeblich von der subjektiven Einschätzung abhängig, mit dem Engagement etwas erreichen zu können.⁶ Ebenso beeinflussen Wirksamkeitserwartungen, welche Form des Engagements in Betracht gezogen wird: Ob beispielsweise eine Nachhaltigkeitsorientierung in Alltagsroutinen für besonders wichtig gehalten wird oder die Beteiligung an einer Protestaktion subjektiv sinnvoll erscheint, hängt mit den Erwartungen an die Wirkungspotenziale der jeweiligen Anstrengungen zusammen.

Im Folgenden unterscheiden wir zwei übergeordnete Formen des Engagements, die in den Interviews hauptsächlich diskutiert wurden. Auf der einen Seite geht es um individuelle Verhaltensweisen, die darauf abzielen, den eigenen Lebensstil möglichst nachhaltig zu gestalten, wenn es etwa um Mobilitäts- oder Ernährungsfragen geht. Auf der anderen Seite sprechen wir von kollektivem Engagement bzw. Aktivismus, wenn sich Personen in zivilgesellschaftlichen Gruppen oder Bewegungen ehrenamtlich für den Klimaschutz einsetzen.

Bisherige Studien haben gezeigt, dass für diese Formen des Engagements unterschiedliche Varianten der Wirksamkeitserwartung relevant sind.⁷ Analog zu den zwei benannten Formen beziehen wir uns nachfolgend zum einen auf die subjektive Erwartung, als Einzelperson durch einen nachhaltigen Lebensstil einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können, also beispielsweise durch veränderte Konsummuster oder einen sparsamen Umgang mit Ressourcen. Davon grenzen wir zum anderen die Einschätzung ab, durch das Handeln als Teil einer Gruppe einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können, etwa durch die Teilnahme an Demonstrationen oder die Mitgliedschaft in einer Umweltgruppe.

Unterschiedliche Positionen engagementbezogener Wirksamkeitserwartungen

Auf der Grundlage der Interviewbefunde stellen wir im Folgenden drei zentrale Positionen engagementbezogener Wirksamkeitserwartungen vor, die jeweils spezifische Handlungsimplicationen mit sich bringen. Dabei besteht das Ziel darin, die Spannbreite der Positionen unter den Interviewteilnehmenden widerzuspiegeln. Über die Verbreitung der Positionen in der Gesamtpopulation junger Menschen kann auf Basis der kleinen Stichprobe hingegen keine Aussage getroffen werden.

1) Optimistische Position mit hohen Wirksamkeitserwartungen gegenüber individuellem und kollektivem Engagement

Die erste zentrale Position, die von vielen der befragten Jugendlichen geteilt wurde, steht sowohl dem individuellen als auch dem kollektiven Einsatz für Klimaschutz aufgeschlossen und optimistisch gegenüber. Gerade mit Blick auf Fridays for Future herrscht hier die Überzeugung, dass gemeinsame Aktionen ergiebig sind und man in der Gruppe viel erreichen kann: *„Demonstrationen sind total sinnvoll, weil man halt damit viele Leute auch erst anspricht. In Hamburg, diese riesige Fridays for Future-Demo mit den Hundertausenden von Leuten, das ist ein Zeichen, das man setzt. Keiner in Hamburg hat es nicht mitbekommen“*. So werden zielführende Erfolge der Klimastreiks darin gesehen, Aufmerksamkeit zu schaffen, eine Debatte anzuregen und den Klimaschutz als The-



ma auf die politische Agenda zu bringen: *„Man kann einen Einfluss bekommen, wenn man sieht, wie bei Fridays for Future, dass sich große Massen hinstellen, nicht zur Schule gehen, ein Statement zeigen. Es ist richtig, zeigt der Politik ein Zeichen.“*

Trotz des hohen Vertrauens in die Wirkungsmacht von Gruppen im Allgemeinen und Fridays for Future im Speziellen, liegt der Fokus vieler Interviewteilnehmender auf den Potenzialen individueller Verhaltensänderungen. Auf die Frage, worin angesichts von Klimawandel und Umweltproblemen Handlungsmöglichkeiten bestünden, wird in erster Linie auf die Macht der Verbraucher*innen verwiesen. Vielfach wird suggeriert, wenn jede*r Einzelne*r auf die Umwelt achte und *„bei kleinen Entscheidungen die umweltschonende Alternative wähle“* – insbesondere in den Bereichen Mobilität, Ernährung und sonstiger Konsum – seien Probleme weitgehend gelöst: *„Ich denke, wenn jeder Mensch die Entscheidung trifft, auf die Umwelt zu achten, Fahrrad statt Auto zu fahren, dass es der Gemeinschaft gut tut durch einen Dominoeffekt. [...] Da muss jeder seinen Beitrag leisten.“* Auch kleine Verhaltensänderungen können eine große Wirkung entfalten, so die gängige Annahme: *„Schon kleine Dinge zu tun, ist wichtig. Es bringt auf jeden Fall etwas.“*

Eine entsprechend hohe Verantwortung wird dem Individuum zugeschrieben, im Alltag einen Teil beizutragen: *„Man sollte bei sich anfangen, wie man das Klima schützen kann.“* Die hohe individuelle Wirksamkeitserwartung und die damit einhergehende Verantwortungsattribution an Einzelne spiegelt sich auch in den Handlungsimplicationen dieser Position wider: Obwohl sowohl individuelles als auch kollektives Engagement für wirksam und grundsätzlich sinnvoll gehalten wird, bezieht sich die Handlungsbereitschaft insbesondere auf individuelles Engagement.

2) Skeptische Position mit geringen Wirksamkeitserwartungen gegenüber individuellem und kollektivem Engagement

Eine zweite Position, die sich in den Interviews herauskristallisiert hat, dabei allerdings nur von einer Minderheit der befragten Jugendlichen geteilt wurde, bewertet den Klimawandel zwar als Problem, steht dem Engagement für Klimaschutz jedoch mit skeptischer Distanz gegenüber. Weder individuellen Anstrengungen für einen nachhaltigen Lebensstil noch kollektivem Ak-

tivismus werden hier Erfolgchancen zugerechnet. Für Einzelpersonen bestehe kaum Spielraum für Einflussnahmen, so die Einschätzung: „Ich sehe Handlungsmöglichkeiten, die für mich zu klein sind, um zu sagen, ich würde etwas ändern.“ Individuelle Kaufentscheidungen oder Einsparmaßnahmen zugunsten der Umwelt werden für unwirksam erklärt: „Wenn ich mir nicht das Steak bei EDEKA kaufe, wird weniger Methan in die Atmosphäre reingebracht? Nein, [...] das Einzige, was damit passiert, wenn ich es nicht kaufe, wird es in die Mülltonne geschmissen.“

Im Gegensatz zu der denkbaren Schlussfolgerung, sich in Gruppenkontexten zu engagieren, um über individuelle Bemühungen hinausgehen zu können, wird aus dieser Perspektive kollektives Klimaschutzengagement ebenfalls als nutzlos – im Fall von Fridays for Future als „überflüssig“ – abgelehnt: „Das [Engagement in Gruppen] gibt es auch, aber es bringt nichts. Was war Fridays for Future? Es hat nichts geändert. Es ist nichts passiert. Die Kinder sind ein paar Monate auf die Straße gegangen, von Greta Thunberg hört man nichts mehr. Es interessiert keine Sau mehr nach einem halben Jahr.“

Auf die Frage, welche Form des Engagements mehr oder weniger wirksam ist, folgt das pessimistische Urteil: „Es gibt nicht wirklich etwas, was ausschlaggebend etwas ändert.“ Insgesamt manifestiert sich hier ein großer Zweifel gegenüber der Effektivität von Klimaschutzengagement, der sich auch in den Handlungsbereitschaften niederschlägt. Analog zu den niedrigen Wirksamkeitserwartungen dieser skeptischen Position ist der Anreiz gering, allein oder als Teil einer Gruppe für den Klimaschutz aktiv zu werden.

3) Ambivalente Position mit geringer Wirksamkeitserwartung gegenüber individuellen Verhaltensweisen, aber hohen Erwartungen gegenüber kollektivem Engagement

Schließlich hat sich in den Interviews eine dritte Position abgezeichnet, die unter den Interviewteilnehmenden zwar nur vereinzelt vertreten wurde, sich dabei aber deutlich von den anderen beiden Positionen abhebt. Ebenso wie bei der skeptischen Position werden hier individuelle Verhaltensänderungen im Alltag als unzulänglich eingeschätzt. Unter der Annahme, dass die Ursachen für den Klimawandel im kapitalistischen Wirtschaftssystem liegen, erscheinen Klimaschutzmaßnahmen, die vor allem auf privates Konsumverhalten und Lebensstilfragen abzielen, als nicht weitreichend genug oder sogar fehlleitend: „Solange es diese kapitalistische Produktionsweise gibt, kann der Klimawandel nicht aufgehalten werden – auch wenn dann alle auf Bio umsteigen oder auf vegan, und sich keine neuen Jeans mehr kaufen.“ Anstelle der Betonung individueller Verantwortlichkeiten wird eine systemkritische Perspektive gefordert. Es herrscht die Überzeugung, dass es einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel braucht, um die ökologischen Probleme in den Griff zu bekommen. Hierfür wird kollektives Engagement als essenziell betrachtet, wobei eine Kombination verschiedener aktivistischer Formate als besonders wirksam gilt: „Ich glaube, dass die Bewegungen am stärksten sind, die unterschiedliche Aktionsformen enthalten“. Der Zusammenschluss mit Gleichgesinnten wird als „Selbstermächtigung“ und letzte Hoffnung gegenüber einer blockierten Klimapolitik empfunden: „Die Hoffnung liegt in dem Gemeinsamen: sich Menschen zu suchen, die das gleiche denken und fühlen, zusammen sich was überlegen und zusammen laut sein und darüber diskutieren



und im schulischen Kontext anzusprechen.“ Diese Sichtweise auf kollektives Engagement als einzig sinnvolle Umgangsweise mit den identifizierten Problemlagen mündet in einen eindeutigen Handlungsimperativ: gemeinsam für den Klimaschutz aktiv zu werden.

Fazit: Fokus des jungen Klimaschutzengagements liegt auf individuellen Formen

Die Gegenüberstellung der optimistischen, skeptischen und ambivalenten Position engagementbezogener Wirksamkeitserwartungen zeigt, dass sich hinter dem Banner einer „Generation Greta“ eine weit heterogenere Jugend verbirgt, als der erste Eindruck und die mediale Darstellung vermuten lassen. Dass sich die Lebenswelten und Einstellungen junger Menschen in Bezug auf Umwelt- und Klimafragen unterscheiden, wird von anderen Jugendstudien gestützt. So wurde etwa in der Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ eine Jugendtypologie entwickelt, die „Idealistische“, „Pragmatische“ und „Distanzierte“ unterscheidet.⁸

Ferner lässt sich auf der Grundlage der Interviewbefunde feststellen, dass zwar grundsätzlich positive Haltungen zu kollektivem Engagement vorherrschen, aber die Bereitschaft, kollektiv aktiv zu werden (und zu bleiben), trotzdem begrenzt ist. Hier wird deutlich, dass neben Wirksamkeitserwartungen weitere Aspekte beeinflussen, ob sich Personen an kollektiven Aktionen beteiligen. Darunter zählen andere psychologische Faktoren, wie Identifikation oder Emotionen, aber auch strukturelle Barrieren, wie der Zugang zu Umweltgruppen.⁹

Besonders bemerkenswert ist schließlich, dass trotz der Positiverfahrungen und der großen Resonanz auf Fridays for Future in der Untersuchungsgruppe ein starker Fokus auf individuellen Verhaltensweisen liegt – sowohl in Bezug auf Wirksamkeitserwartungen als auch in der Handlungsbereitschaft (siehe „optimistische Position“). Ergebnisse aus quantitativen Erhebungen unterstützen diese Einschätzung. So hat eine aktuelle Befragung von 18- bis 24-Jährigen ergeben, dass individuelle Verhaltensweisen wie „weniger Fleisch essen“ (67 %), „weniger konsumieren“ (60 %) und „nachhaltige Produkte kaufen“ (48 %) von der Mehrheit als wichtigste Dinge betrachtet werden, die jede*r Einzelne tun kann, um das Klima zu schützen. „Sich politisch betätigen“ wird hingegen nur von einer Minderheit von 12 % unter die drei wichtigsten Handlungsmöglichkeiten gezählt.¹⁰

Wie lässt sich diese hohe Bedeutung individuellen Handelns unter den Interviewteilnehmenden erklären? Zum einen sind kollektive Form des Engagements aufgrund der Coronapandemie in den Hintergrund gerückt und waren in den vergangenen Monaten gar nicht oder nur eingeschränkt umsetzbar. Zum anderen stehen einem zeitintensiven Engagement konkurrierende Interessen und Verpflichtungen entgegen. Der Leistungsdruck auf junge Menschen hat zugenommen, und neben dem Klimaschutz gibt es andere drängende Probleme wie Rassismus oder Populismus, die junge Menschen politisieren und für ein Engagement mobilisieren. Insofern erscheint die Tendenz zu individuellen Verhaltensweisen, die oft mit weniger (Zeit-)Aufwand verbunden sind als kollektives Engagement, unter ganz pragmatischen Gesichtspunkten plausibel.

Hinzu kommt, dass im politisch-medialen Diskurs sowie in Umweltbildungskontexten häufig die *individuellen* Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz stark betont werden – oft verbunden mit dem Appell an Einzelne, im Alltag ihren Beitrag zu leisten. Die Delegation an das Individuum und die vorrangige Ansprache als Verbraucher*innen (und nicht etwa als Bürger*innen) stärken die Wahrnehmung, dass es beim Klimaschutz vor allem auf das Alltagshandeln Einzelner ankommt.¹¹ Dieser individualisierende Diskurs scheint sich auch in den Deutungsmustern und Wirksamkeitserwartungen der interviewten jungen Menschen niederzuschlagen.

Wie Jugendarbeit und Bildungsinstitutionen junges Klimaschutzengagement unterstützen können

Wenn es um Handlungsmöglichkeiten im Umweltschutz geht, erscheint die Thematisierung von einfachen und breit akzeptierten Verhaltensweisen gerade für jüngere Zielgruppen zunächst vielversprechend. Das Licht auszuschalten oder das unverpackte Obst zu kaufen, ist unkompliziert und lebensweltnah – was den tatsächlichen Einfluss auf Umwelt und Klima angeht, jedoch nicht weitreichend genug. Wünschenswert wäre hier ein kritischer Blick darauf, an welchen Stellen Bemühungen für den Klimaschutz relevante Umweltverbesserungen nach sich ziehen und wo sie vor allem symbolischen Charakter haben. Häufig betreffen die sogenannten „Big Points“¹² die eher unbequemen und voraussetzungsvollen Verhaltensänderungen, wie etwa die Senkung des Heizbedarfs und die Reduktion von Auto- und Flugreisen sowie des Konsums tierischer Produkte. Dabei sollten Grenzen der persönlichen Einflussnahme, etwa aufgrund fehlender politischer oder struktureller Rahmenbedingungen, nicht als Hemmnis, sondern als Anlass zum Handeln diskutiert werden. Anstatt beispielsweise nur über das (bedingt realisierbare) nachhaltige Konsumverhalten Einzelner zu diskutieren, ließe sich darüber sprechen, wie das Essensangebot an der eigenen Schule oder Uni insgesamt nachhaltiger gestaltet werden könnte.

Die Befunde aus der Interviewstudie verweisen in diesem Zusammenhang auf den Bedarf von Umweltbildung im Sinne einer politischen Bildung, in der auch Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme auf Fragen von Klima- und Umweltschutz als reale Handlungsoption eingebracht werden. Insbesondere der Anteil junger Menschen, der eigentlich von der Wirksamkeit kollektiven

Engagements überzeugt ist, sich bisher aber (noch) nicht eingebracht hat, könnte hier zum Handeln ermutigt und befähigt werden. Die Politisierung von Umweltfragen und Förderung der kollektiven Dimension von Engagement ist dabei nicht nur im Kontext von Umwelt- und Klimaschutz bedeutsam, sondern darüber hinaus – gerade vor dem Hintergrund einer immer wieder als „politiker- und parteiverdrossenen“ beschriebenen Jugend¹³ – auch für eine starke Zivilgesellschaft und lebendige Demokratie im Allgemeinen. ■

Anmerkungen

- 1 Michelsen u. a. 2016; Shell Deutschland Holding 2019; BMU / UBA, 2020.
- 2 Gossen u. a. 2020.
- 3 BMU / UBA, 2020.
- 4 Die Jugendstudie wird im Auftrag des Umweltministeriums und Umweltbundesamt vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gemeinsam mit den Partnern Holzhauerei und ZebraLog durchgeführt. Weitere Infos zum Projekt und zu Veröffentlichungen unter https://www.ioew.de/projekt/zukunft_jugend_fragen_studie_2021 (Stand 04.08.2021).
- 5 Bandura 1997.
- 6 Hamann u. a. 2021.
- 7 van Zomeren u. a. 2013; im Kontext von Umweltschutz: Hamann / Reese 2020; Hamann u. a. 2021.
- 8 Gossen u. a. 2021.
- 9 Z. B. Landmann / Rohmann 2020.
- 10 Utopia GmbH 2020.
- 11 Grunwald 2018; Mock, 2020.
- 12 Bilharz 2008.
- 13 Abendschön 2020.

Literatur

- Abendschön, Simone: Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik am Beispiel von Fridays for Future. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1 (2020), S. 16-29.
- Bandura, Albert: Self-efficacy. The Exercise of Control. New York 1997.
- Bilharz, Michael: „Key Points“ nachhaltigen Konsums. Ein strukturpolitisch fundierter Strategieansatz für die Nachhaltigkeitskommunikation im Kontext aktivierender Verbraucherpolitik. Marburg 2008.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) / Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.): Zukunft? Jugend fragen! Umwelt, Klima, Politik, Engagement – Was junge Menschen bewegt. Broschüre 2020. <https://www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen-umwelt-klima-politik-engagement-was-junge-menschen-bewegt/>
- Gossen, Maike / Holzhauer, Brigitte / Müller, Ria: Konsum junger Menschen: Zwischen Nachhaltigkeit und materialistischen Wünschen. Ökologisches Wirtschaften, 2 (2020), S. 18-21.
- Gossen, Maike / Müller, Ria / Holzhauer, Brigitte / Geiger, Sonja: Zukunft? Jugend fragen! 2019. Teilbericht. UBA-Texte 12 (2021). <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/zukunft-jugend-fragen-2019>
- Grunwald, Armin: Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet. Ein Beispiel fehlaufernder Responsibilisierung. In: Henkel, Anna / Nico Lüdtke, Nico / Buschmann, Nikolaus u. a. (Hrsg.) Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Bielefeld 2018, S. 421-436.
- Hamann, Karen R. S. / Holz, Jana R. / Reese, Gerhard: Coaching for a sustainability transition: empowering student-led sustainability initiatives by developing skills, group identification, and efficacy beliefs. In: Frontiers in psychology 12 (2021). <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2021.623972/full>
- Hamann, Karen R. S. / Reese, Gerhard: My influence on the world (of others): Goal efficacy beliefs and efficacy affect predict private, public, and activist pro-environmental behavior. In: Journal of Social Issues 1 (2020), S. 35-53.
- Landmann, Helen / Rohmann, Anette: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ – Warum engagieren sich Menschen gemeinsam für den Umweltschutz? In: The Inquisitive Mind 2 (2020). <https://de.in-mind.org/article/wir-sind-hier-wir-sind-laut-weil-ihr-uns-die-zukunft-klaut-warum-engagieren-sich-menschen>
- Michelsen, Gerd / Grunenberg, Heiko / Mader, Clemens / Barth, Matthias: Greenpeace Nachhaltigkeitsbarometer 2015. Nachhaltigkeit bewegt die jüngere Generation. Bad Homburg 2016.
- Mock, Mirjam: Verantwortliches Individuum? Die (Un-)Haltbarkeit der Erzählung von der Konsument*innenverantwortung. In: Blühdorn, Ingolfur / Butzlaff, Felix / Deflorian, Michael u. a. (Hrsg.) Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Bielefeld 2020, S. 245-272.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): 18. Shell Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim / Basel 2019.

Utopia GmbH (Hrsg.): Eine Frage der Haltung. Nachhaltigkeit, Konsum, gesellschaftlicher Wandel. Die Utopia-Studie 2020. München 2020. <https://utopia.de/app/uploads/sites/2/2020/03/utopiastudie2020.pdf>

van Zomeren, Martijn / Saguy, Tamar / Schellhaas, Fabian M. H.: Believing in „making a difference“ to collective efforts: Participative efficacy beliefs as a unique predictor of collective action. In: Group Processes & Intergroup Relations 5 (2013), S. 618-634.



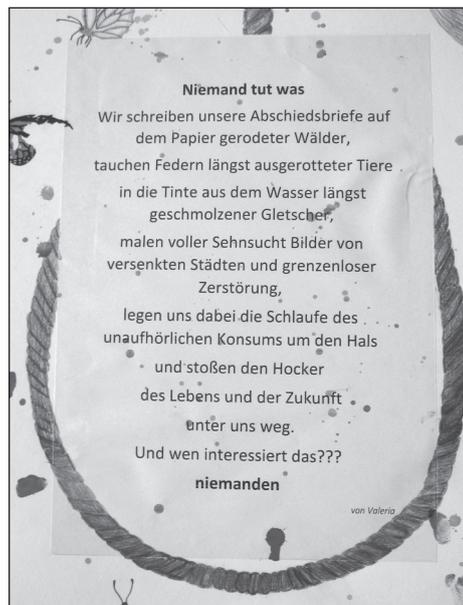
Leonie Reuter B. A. studiert Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Masterarbeit verfasst sie in Kooperation mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) zum Thema „Klimaschutzengagement junger Menschen“. Neben dem Studium ist sie als Teamerin in der Umweltbildung aktiv.

Maïke Gossen M. A. ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und Doktorandin an der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind nachhaltiger Konsum, Umweltbewusstsein, Nachhaltigkeitsmarketing, Digitalisierung und Suffizienz. Am IÖW leitet sie die Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen! 2021“ von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Wir laufen zur Schule, statt uns von unseren Eltern fahren zu lassen, wir [...] kaufen Lebensmittel aus unserer Gegend, [...] benutzen Papier sparsam (zum Beispiel kann man für Schulübungen wie Vokabeln die Rückseiten von Werbeblättern benutzen). In der Schule engagieren wir uns in einem Projekt zum Eisbärenschutz.“

Pauline und Max auf <https://naturdetektive.bfn.de/lexikon/naturschutz/klimawandel-das-tut-ihr-fuer-den-klimaschutz.html>



■ ■ ■ ■ ■ THEMA

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

How dare you?

Die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für die Umsetzung ökologischer Kinderrechte



Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ nimmt in ihrem aktuellen Diskussionspapier Bezug auf die Klimakrise und die Zerstörung der Ökosysteme und macht in diesem Zusammenhang auf die Relevanz von ökologischen Kinderrechten aufmerksam. Sie fordert deren konsequente Umsetzung und leitet Empfehlungen für die Kinder- und Jugendhilfe ab.

Die Klimakrise ist eines der derzeit dominierenden Themen und treibt viele Menschen auf die Straße. Sie fordern Politik und Gesellschaft auf, sich für den Erhalt der Erde und ihrer Ökosysteme einzusetzen und dafür notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Die Auswirkungen der Klimakrise betreffen alle Menschen, besonders Menschen im globalen Süden sowie Kinder und Jugendliche überall auf der Welt. Die AGJ macht mit ihrem Diskussionspapier auf die Relevanz von ökologischen Kinderrechten aufmerksam und fordert deren konsequente Umsetzung. Sie geht auf die UN-Kinderrechtskonvention ein und stellt fest, dass für die Realisierung fast aller Kinderrechte intakte Umweltbedingun-

gen die Grundlage sind. Darüber hinaus wird der Zusammenhang zu den Sustainable Development Goals (SDGs)¹ und dem daraus folgenden Ziel der Bildung für nachhaltige Entwicklung erläutert und auf die Prozesse in der Kinder- und Jugendhilfe übertragen.

Die AGJ leitet hieraus folgende Empfehlungen ab: Kinder und Jugendliche brauchen Orte, um ihre Themen zu bearbeiten; die Kinder- und Jugendhilfe muss hier unterstützen und diese verteidigen. Dazu gehört auch die Stärkung der Motivation und der Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen, um sich für Themen stark zu machen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss in ihren Handlungen jedoch selbst als Vorbild für nachhaltige Ent-

wicklung fungieren – dies muss sich auch in Rahmenbedingungen, Konzepten etc. widerspiegeln. Nicht zuletzt sieht es die AGJ als wichtig an, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe (mehr) für nachhaltige Entwicklung einsetzt, hier aktiv auf relevante Akteure/-innen und Strukturen zugeht und weiter auf die Stärkung und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention hinwirkt.

Das Diskussionspapier behandelt unter anderem die Fragen:

- Was sind ökologische Kinderrechte?
- Welchen Auftrag und welche Rolle hat die Kinder- und Jugendhilfe im Kontext ökologischer Kinderrechte?

Klimaschutz ist ein Querschnittsthema der Kinder- und Jugendhilfe

Das Entstehen für die Umwelt und das Aufwachsen zukünftiger Generationen bedarf einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Herausforderungen und erfordert eine nachhaltigere Politik. Hier ist die Kinder- und Jugendhilfe als Akteurin gefragt, die direkt mit Kindern und Jugendlichen und ihren Familien arbeitet, auf Versäumnisse und Gefahren für das Aufwachsen junger Menschen hinzuweisen und sich aktiv einzumischen. Gleichzeitig muss sie junge Menschen dabei unterstützen, die eigene Verantwortung in Bezug auf die Zukunft von Mensch und Umwelt zu erkennen und wahrzunehmen. Ob Kita, Hilfen zur Erziehung oder offene Jugendarbeit – ökologische Kinderrechte spielen als Querschnittsthema in allen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe eine Rolle. Die AGJ leitet daraus folgende Forderungen an die Kinder- und Jugendhilfe ab:

Freiräume für junge Menschen schaffen, Engagement unterstützen

Die Klimakrise und zahlreiche Umweltprobleme, die sich aus energie- und ressourcenintensiven Produktions- und Lebensstilen ergeben, gehören zu den drängendsten gesellschaftlichen Themen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss dies auch in ihren Angeboten und Strukturen aufgreifen und zum Thema machen. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Umweltthemen junge Menschen derzeit am meisten bewegen, Angst, Hilflosigkeit und Empörung auslösen, aber auch starkes Engagement hervorrufen. Diese Themen müssen so aufgegriffen werden, dass Kinder und Jugendliche sich herausgefordert fühlen, sich die Themen zu eigen machen, die eigene Verantwortung wahrzunehmen, ohne sich bedroht, verängstigt oder überfordert zu fühlen. Hierzu sollten sichere Orte und Freiräume geschaffen werden. Im Ergebnis sollte das dazu führen, dass Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe beraten können, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um Kinder und Jugendliche zu schützen, damit ihr Recht auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit gewahrt wird.

Motivation für eigenes Handeln von Kindern stärken

Auch Kinder sollten verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit kennen und verstehen können, um damit die Grundvoraussetzung für ein selbstbewusstes und kooperatives Handeln in gesellschaftlichen Zusammenhängen zu schaffen. Hierfür ist es wichtig, Kindern Rückmeldung und Bestätigung zu ihrem Handeln zu geben. Für das Konzept von Nachhaltigkeit und die Konsequenzen des eigenen Handelns gibt es keine Altersbeschränkung – dies kann von klein auf vermittelt werden.

Vorbild sein, Bildung für nachhaltige Entwicklung verankern

Es reicht bei weitem nicht, Kindern und Jugendlichen das Prinzip der Nachhaltigkeit zu erklären, sondern die Akteure/-innen der Kinder- und Jugendhilfe sollten nachhaltige Prinzipien so umfänglich wie möglich auch umsetzen. Dazu gehört auch, dass die Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe die kommunalen Zielsetzungen zur Klimaneutralität unterstützen und ihren Beitrag zu deren Umsetzung leisten. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss als gelebtes Prinzip in Einrichtungen für alle im Sinne des Whole Institution Approaches erfahrbar werden. Insbesondere die durch die Leitungskräfte und den Träger gesetzten Rahmenbedingungen sind dafür zentral.

Anwaltschaftlich handeln

Als Anwältin von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien muss die Kinder- und Jugendhilfe auf aktuelle Belastungen ihrer Zielgruppe durch die Klimakrise und die Umweltzerstörung sowie die Anliegen ihrer Adressat/-innen hinweisen und sich für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen stark machen. Dies bedeutet, dass die Kinder- und Jugendhilfe ihre kinderrechtliche Perspektive aktiv einbringen muss. So ist es nicht nur legitim, sondern unabdingbar, dass auch vonseiten der Kinder- und Jugendhilfe die umweltpolitische Kernforderung vorgebracht wird, den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren, um Kindern eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

UN-Kinderrechtskonvention stärken – Kinderrechte konsequent durchsetzen

Besonders solange es keine explizite völkerrechtliche oder nationalgesetzliche Grundlage für ökologische Kinderrechte neben der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) gibt, ist es wichtig, auf die Umsetzung der UN-KRK hinzuwirken und die Durchsetzung von Kinderrechten einzufordern. Dies bedeutet zum Beispiel auch, sich für die Umsetzung und Absicherung von Beteiligungsrechten von Kindern und die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz einzusetzen.

How dare you?

Ganz im Sinne des Ausspruchs Greta Thunbergs „How dare you?“² verbindet die AGJ mit diesem Diskussionspapier den Aufruf an die Kinder- und Jugendhilfe, sich mit ihrem Auftrag im Kontext ökologischer Kinderrechte auseinanderzusetzen, ihn zu erfüllen und Kindern und Jugendlichen Freiräume zur Entfaltung ihres eigenen Engagements zu ermöglichen. Nicht zuletzt sollte die Kinder- und Jugendhilfe selbst nach außen aktiv werden und auf die Dringlichkeit der Umsetzung ökologischer Kinderrechte hinweisen und sich in Diskussionen und politische Vorhaben, die diese berühren, einmischen.

Das vollständige Diskussionspapier steht zum Herunterladen bereit unter www.agj.de/jugendpolitik. ■

Anmerkungen

- 1 Bei der 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2015 hat die internationale Staatengemeinschaft globale nachhaltige Entwicklungsziele, die Sustainable Development Goals (SDG), beschlossen. Sie sollen eine Entwicklungsagenda bis 2030 ermöglichen, die sich an der Einhaltung umfassender Menschenrechte innerhalb der planetaren Grenzen orientiert (www.germanwatch.org).
- 2 In ihrer Rede vor Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Vereinten Nationen während des UN-Klimagipfels stellte die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg am 23. September 2019 mehrfach die Frage „How dare you?“ („Wie könnt ihr es wagen...!?) und wies nachdrücklich auf die Auswirkungen des Klimawandels hin.



Landschaftsverband Rheinland (LVR)

Dein Klima-Heft

Klimaschutz in leichter Sprache

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat ein inklusives Klimabildungsheft entwickelt. In einfacher Sprache erklärt

es jungen Menschen mit Lese- und Lernbeeinträchtigungen Wissenswertes rund um den Klimaschutz. Das Heft liegt künftig in allen LVR-Förderschulen und bei Veranstaltungen des LVR zur Anwendung und Mitnahme bereit. Eine Version des Hefts in Braille-Schrift wird demnächst erhältlich sein.

Entstanden ist das Klima-Heft in einfacher Sprache im Rahmen der LVR-Klimaschutzarbeit. Nun sind die Informationen für Projektwochen im Rahmen des Unterrichts oder generell als Bildungsmaterial kostenlos verfügbar. Illustrationen begleiten durch die Themen Klimaschutz, Energie, Mobilität, Ernährung, Konsum und Müll. Dabei stellen die Illustrationen auch ein Bild der diversen, inklusiven Gesellschaft dar. Das Klima-Heft ist in einfacher Sprache geschrieben. Es entspricht jedoch weitestgehend den Anforderungen der leichten Sprache, die sich an Menschen mit Lernbehinderungen richtet und als Prüfkriterium auch von dieser Zielgruppe getestet wird.

Viele Kinder interessieren sich für den Klimawandel und engagieren sich für stärkeren Klimaschutz und Klimagerechtigkeit weltweit. Doch Schulmaterialien und Projektangebote zum Thema gibt es nahezu ausschließlich für Regelschulen. Schülerinnen und Schüler mit Behinderung, aber auch Menschen, die Lese- und Lernschwierigkeiten haben, benötigen Texte, die entsprechend aufbereitet sind und Fachwissen in einfachen, leicht nachvollziehbaren Sätzen vermitteln.

Als PDF-Datei kann das Klima-Heft kostenfrei heruntergeladen werden unter https://www.lvr.de/media/pressemodul/fb03_bilder_und_dateien_1/fb03bilderdateien-2021/21_0500-Schuelerheft_Klimaschutz-barrierefrei-6.pdf.



Stiftung Lesen

Vorlesen for future!

Medientipps zu Umwelt und Nachhaltigkeit in der Kita

Draußen in der Natur zu sein ist für Kinder das Größte. Bereits im Kita-Alter können

Fachkräfte und Eltern mit Kindern darüber sprechen, dass die Natur auch geschützt werden muss. Und wie geht das besser als mit einer passenden Geschichte?!

Das Angebot der Stiftung Lesen #medienvielfalt zeigt, wie mit Hilfe von Pappbilderbüchern, Apps, Wimmelbildern, Hörspielen und Tiptois spielerisch das Thema „Natur- und Umweltschutz“ angestoßen werden kann. Zu jeder Geschichte wird zudem ein passender Aktionstipp geboten – vom gemeinsamen Anpflanzen bis zum Upcycling.

Unterstützt wird das Projekt #medienvielfalt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“. Die Empfehlungsliste erscheint viermal im Jahr.

Die Medientipps und Aktionsideen stehen können kostenfrei heruntergeladen werden unter https://www.stiftunglesen.de/fileadmin/PDFs/medienvielfalt/Medientipps_Nachhaltigkeit_-_medienvielfalt.pdf.



ECOMOVE International e.V.

Escape Climate Change

Klimaschutz spielerisch lernen

Escape Climate Change ist ein interaktives Spiel, welches das Thema „Klimaschutz“ mit Spaß und Spannung angeht. Das Konzept basiert auf der Idee des Escape Games, bei dem es einer Kleingruppe gelingen muss, in einer vorgegebenen Zeit ein komplexes Rätsel zu lösen. Das Game wendet sich an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II (ab etwa 14 Jahren). Bei Escape Climate Change müssen die Jugendlichen gemeinschaftlich einen finalen Geheimcode knacken, der sich innerhalb einer Box befindet. Dies gelingt nur, wenn sie zahlreiche Rätsel und Aufgaben mit Hilfe von Spürsinn, Teamwork und Klimawissen lösen. Kooperation und die Auseinandersetzung mit dem Thema „Klimaschutz“ sind Grundlage für die Lösung des Spiels. Für Escape Climate Change wird eine begleitende App entwickelt, die das Spiel unterstützt.

Die Durchführung des Spiels ist mit Hilfe einer Box möglich. Jede Schule kann Escape Climate Change bestellen, für Lehrerinnen und Lehrer stehen darüber hinaus umfangreiche Hilfestellungen und Begleitmaterialien zur Verfügung.

Aufgrund der hohen Nachfrage kann das Spiel leider nicht mehr bestellt werden. Vor diesem Hintergrund wird das Projekt mit Förderung der Nationalen Klimaschutzinitiative fortgeführt. Unter anderem wird eine DIY-Box sowie eine Online-Variante entwickelt. Anfrage zu Informationen zum Projekt und weiteren Initiativen können per E-Mail gestellt werden an info@escape-climate-change.de

In Kürze finden sich Informationen zu Escape Climate Change expanded unter www.escape-climate-change.de.



Peter Thiesen

Ökospiele und -projekte für Kita und Grundschule

Kartenset zu Umweltbildung

Umweltbewusstsein und Klimaschutz sind wichtiger denn je, das zeigen die

zahlreichen Waldbrände und Überschwemmungen dieses Jahr sehr deutlich. Gleichzeitig haben viele Kinder und ihre Familien während der Coronazeit mangels Alternativen zur Freizeitgestaltung den Aufenthalt und Aktivitäten im Grünen (wieder) entdeckt. Weil Kinder sehr begeisterungsfähig und an ihrer Umwelt interessiert sind, können ihnen Umwelt- und Klimaschutz bereits im frühen Kindesalter nähergebracht werden. Das neue Kartenset ist eine Fundgrube für Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen. Die 77 Karten enthalten kreative Ideen für Spiele, Experimente, Ausflüge und vieles mehr für eine nachhaltige Umweltbildung im Kindesalter. Abgedeckt werden die Erlebnisfelder Wald und Wiese, Garten, Haushalt, Einkaufen, Ernährung, Gesundheit sowie Müll. Die Karten sind vielseitig einsetzbar: Einzelne Spiele oder Projekte lassen sich unkompliziert in den Alltag in Kitas bzw. den Unterricht in Grundschulen integrieren. Auch die Zusammenfassung mehrerer Einzelprojekte im Rahmen eines größeren Projekts über einen längeren Zeitraum hinweg ist möglich.

77 Karten, 29,90 Euro, ISBN: 978-3-7841-3252-5, Lambertus, Freiburg i. Br. 2021.

Bundesärztekammer u. a.

Gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels

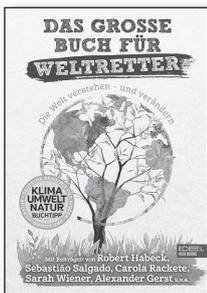
Policy Brief für Deutschland zum „Lancet Countdown on Health and Climate Change“

Seit 2017 beschreibt der internationale „Lancet Countdown“ anhand von über 40 Indikatoren das Fortschreiten des Klimawandels in vielen Ländern der Welt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Auswirkungen auf die globale Gesundheit. An diesem Monitor, gleichzeitig ein Spiegel der politischen Anstrengungen oder auch des Versagens, sind über 35 internationale Forschungsinstitutionen sowie einige UN-Organisationen beteiligt.

Die Ergebnisse des aktuellen globalen „Lancet Countdowns 2020“ werden ergänzt durch einen Policy Brief für Deutschland, herausgegeben von der Bundesärztekammer, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, der Berliner Universitätsklinik Charité, dem Helmholtz Zentrum für Gesundheit und Umwelt und dem Lancet Countdown, koordiniert von der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG).

Ärztinnen und Ärzte, die sich intensiv mit dem Thema „Klimawandel und Gesundheit“ beschäftigen, haben hier vier zentrale Fragen herausgegriffen: die Notwendigkeit, den Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie für Wirtschaft, Gesundheit und Klima gleichzeitig wirksam zu machen; die Chance, über Ernährungserziehung und -aufklärung einen der individuell wichtigsten Hebel zu stellen, mit dem jede und jeder von uns etwas für Klimaschutz tun kann; die Herausforderung, Menschen in physische Bewegung zu versetzen sowie das Potenzial der Städte als Inkubatoren für gesellschaftlichen Wandel.

Der Policy Brief kann kostenfrei heruntergeladen werden unter https://klimagesund.de/wp-content/uploads/2020/12/Lancet-Countdown-Policy-Brief-Germany_DEU.pdf.



Martin Verg (Hrsg.)

Das große Buch der Weltretter

Die Welt verstehen – und verändern

Die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist längst kein Fall mehr für wenige Experten. Das Thema ist bei uns allen angekommen – und damit sehr viele Fragen: Wie viel Hoffnung besteht eigentlich noch? Was muss passieren, um die Welt, wie wir sie kennen, zu retten? Was kann jede und jeder Einzelne beitragen? „Das große Buch für Weltretter“ lässt diese und andere Fragen von den wichtigsten Stimmen in der Klimadiskussion beantworten. Sie erklären die Zusammenhänge des wichtigsten Themas unserer Zeit auf kindgerechte Art und Weise. Das Buch vermittelt Einblicke in die Themenbereiche Energie, Ernährung, Gerechtigkeit, Natur und Umwelt, Mobilität und Konsum und macht die komplexe Thematik verständlich. Dabei wagt das Buch einen einzigartigen Rundumschlag – von Klimaschutz bis Kinderrechte. Mit zahlreichen Fotos, Illustrationen, Infografiken und vielen Tipps und Adressen, wie und wo man aktiv werden kann. Empfohlen ist das Buch für das Lesealter von 10 bis 12 Jahren.

176 Seiten, 19,99 Euro, ISBN: 978-3961291496, Edel Kids Books, München 2020.

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Landesverband Hessen e.V. / Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west)

Digitale Tools zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung

Spiel und Ideensammlung „Der Wirkel“

Aus der Überzeugung heraus, dass eine bessere Welt nicht irgendwo fertig im Regal wartet, sondern dass wir sie selbst gestalten müssen, wurde der Wirkel (von „WIRKSamkeit“) erstellt. Er ist ein Spiel, aber auch eine Ideensammlung von praktischen Anregungen, wie jede und jeder die Welt verändern kann. Die Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten des Wirkels orientieren sich an den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs), die sich die Weltgemeinschaft 2015 zum gemeinsamen Ziel gesetzt hat.

Mit dem Wirkel können diese in interaktiver Form in digitalen Bildungsveranstaltungen und Unterrichtsgestaltung aufgegriffen werden. Für Onlineveranstaltungen oder Distanzunterricht, aber auch kombinierbar mit Präsenz-Veranstaltungen, sind die digitalen Webanwendungen von RENN.west eine Ergänzung zur Auseinandersetzung mit nachhaltiger Entwicklung.

Die kostenlose Webanwendung für Smartphone, Tablet oder Desktop liefert Ideen und Tipps für den eigenen Alltag zu allen Nachhaltigkeitszielen in unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen. Der Wirkel kann einzeln, aber auch in Gruppen, mit der Familie oder als Schulklasse gespielt werden.

Weitere Informationen unter www.wirkel.anu-hessen.de.



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Zukunft? Jugend fragen!

Umwelt, Klima, Politik, Engagement – Was junge Menschen bewegt

„Skolstreik für klimatet“ – mit diesen Worten wurde 2018 eine weltweite Klimabewegung ausgelöst. Heute gehen in vielen Ländern Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft freitags auf die Straße, um für den Klima- und Umweltschutz zu streiken. So verschieden die Demonstrierenden auch sind, eines haben sie gemeinsam: Sie wollen die Welt retten. Was utopisch klingt, könnte heute nicht wichtiger sein. Denn: Der fortschreitende Klimawandel bedroht die Grundlagen des Lebens auf unserem Planeten. „Zukunft? Jugend fragen!“ ist eine Studie, die das Bundesumweltministerium gemeinsam mit dem Umweltbundesamt herausgibt. Es wird untersucht, was junge Menschen über die Umwelt und das Klima denken, welche Sorgen sie haben, wie sie sich engagieren und welche Maßnahmen ihnen zum Umwelt- und Klimaschutz wichtig sind. Die Studie wurde nach 2017 im Jahr 2019 zum zweiten Mal durchgeführt. Das Besondere an der Studie: Jugendliche und junge Erwachsene wurden intensiv beteiligt. Eine wichtige Rolle spielte der Jugendprojektbeirat, in dem sich zehn junge Menschen engagiert und das Projekt von Anfang bis Ende mitgestaltet haben.

Die Studie kann bestellt werden über den Publikationsversand der (E-Mail an publikationen@bundesregierung.de). Kostenfrei heruntergeladen werden kann sie unter https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/zukunft_jugend_fragen_broschuere_bf.pdf.

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und der Herausgeberin geteilt. Die Kommentare sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



Kinderrechte (nicht) im Grundgesetz verankert

■ Es war Ende der 1980er Jahre, als ich meine ehemalige Grundschullehrerin besuchte und an der Tür ihres Arbeitszimmers den bekannten Spruch „Kindergeschrei ist Zukunftsmusik!“ entdeckte. Als Mutter von fünf Kindern mit entsprechenden Erfahrungen war es für sie ein klares Statement, dass Kinder das Recht haben, sich frei zu entwickeln und auch mal auszutoben, auch wenn das für Außenstehende mit Störungen verbunden ist.

An diese Begebenheit erinnerte ich mich, als Anfang Juni 2021 das Scheitern der Verhandlungen über die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz in ermüdenden Debatten publik wurde. Unverständlich eigentlich, wenn man daran denkt, dass vor allem Kinder und Jugendliche Opfer der Coronapandemie mit starken Kontaktbeschränkungen und Homeschooling sind und jetzt hoffen müssen, dass es starke Lobbyverbände gibt, die sich z. B. für Luftfilteranlagen in Schulen einsetzen, damit der Unterricht im neuen Schuljahr wieder stärker in Präsenz durchgeführt werden kann. Oder noch besser, dass Vakzine beschleunigt entwickelt werden, damit man auch Minderjährige sicher impfen kann. Wäre es da nicht sinnvoll gewesen, einen Satz wie „Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen“ im Grundgesetz zu verankern?

Steigt man tiefer in die Materie ein, eröffnen sich neue Sichtweisen. Ein verbrieftes Recht ist einklagbar, und so müsste der Staat bei allen (politischen) Vorhaben die Interessen von Kindern berücksichtigen und sie z. B. bei Bauvorhaben oder der Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs anhören. Das ist grundsätzlich begrüßenswert, aber in anderen Bereichen tun sich Konfliktschienen auf. Denn in Deutschland gibt es als einen der Eckpfeiler der Demokratie das Subsidiaritätsprinzip, wonach jede Aufgabe von der kleinstmöglichen Einheit zu bewältigen ist – und das ist die Familie. Für die Erziehung und das Wohl der Kinder sind vorrangig die Eltern zuständig, und erst bei deren Versagen darf der Staat mit Instrumenten wie Jugendamt und Familiengericht eingreifen. So befürchten Kritiker der geplanten Grundgesetzänderung, dass der Staat seine Wächterfunktion verfehlt und sich zu sehr in Elternrechte einmischen könnte an Stellen, an denen es gar nicht notwendig ist. Zu diesen Kritikern gehört auch der Familienbund der Katholiken. Sein Präsident Ulrich Hoffmann sieht in einer Stellungnahme keinen besonderen Handlungsbedarf der verfassungsgebenden Organe. Die im Grundgesetz verankerten Grundrechte schützen alle Menschen und deshalb auch die Kinder. Er verwies in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1968, in dem es festhält, dass Kinder nicht Gegenstand elterlicher Rechtsausübung sondern Rechtssubjekte und Grundrechtsträger sind, was Eltern dazu verpflichtet, ihr Handeln am Wohl des Kindes auszurichten. Und

Hoffmann weiter: „Der Staat ist [...] nicht der bessere Erzieher. In aller Regel wissen die Eltern am besten, was gut für ihr Kind ist.“

Aber es bleibt die Frage, ob Kinder und Jugendliche genügend Möglichkeiten haben, ihre Lebensverhältnisse mitzugestalten und ob es dafür nicht eines gesetzlichen Rahmens bedarf. An dieser Stelle sei auf die UN-Kinderrechtskonvention verwiesen, die 1989 formuliert und 1992 auch von Deutschland ratifiziert wurde. Danach haben Kinder u. a. ein Recht auf Nichtdiskriminierung, Einhaltung von Kindesinteressen, Entwicklung und Partizipation. In Artikel 3, Absatz 1 heißt es wörtlich: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleich viel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

Bezogen auf das eingangs genannte „Problem“ lärmender Kinder ist das sicher gut gelungen. Wer vor Gericht dagegen vorgehen will, hat zumeist schlechte Karten, denn in einem Grundsatzurteil aus 2015 hat der Bundesgerichtshof formuliert, dass der Lärm spielender Kinder zumutbar und Ausdruck der kindlichen Entwicklung und Entfaltung ist.

In vielen anderen Bereichen ist es um das Kindeswohl jedoch nicht bestens bestellt, wie die Coronapandemie offengelegt hat. Wenn es nun dezidiert nicht im Grundgesetz steht, bedarf es weiterhin der lautstarken Unterstützung von Organisationen, Gruppen und Verbänden, die sich das Wohl von Kindern und Jugendlichen auf die Fahnen geschrieben haben, ganz besonders in diesen Zeiten. Dazu nochmals Ulrich Hoffmann: „Die Politik muss sich auf der Ebene der einfachen Gesetze für Kinder einsetzen und diese durch Geldleistungen, Kinder- und Jugendhilfe sowie gute Kitas und Schulen unterstützen. In der aktuellen Corona-Situation muss die Politik die Familien ganz oben auf die Agenda setzen. Kinder benötigen Bildung und Begegnungen mit ihren Freundinnen und Freunden.“

Oder anders gesagt: Besser konkret in die Interessen von Kindern investieren als darüber zu philosophieren. ■

Benedikt van Acken ist Regionalsekretär in der Heimvolkshochschule der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Erzbistum Paderborn e.V. und dort zuständig für Fort- und Weiterbildungsangebote, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Qualitätsmanagement. Er ist Mitglied im Vorstand der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. als Vertreter der katholischen Erwachsenenverbände in Nordrhein-Westfalen.

Barbora Chalupová / Vít Klusák

Gefangen im Netz

Filmisches Experiment zu Cybergrooming

Es reicht nur ein Klick: Jugendliche sind in den digitalen Medien täglich der massiven Bedrohung durch Cybergrooming ausgesetzt. Erwachsene Frauen und Männer nutzen dabei die Naivität, die Unwissenheit oder Unerfahrenheit von jungen Menschen im Internet schamlos aus.

Der Film „Gefangen im Netz“ ist ein Experiment über Cybergrooming, das gezielte Ansprechen Minderjähriger über das Internet mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. Im Dokufilm geben sich drei junge Frauen im Internet als Teenager aus. In nachgebauten Kinderzimmern in einem Studio gehen die volljährigen Schauspielerinnen 10 Tage lang online.

Die tschechische Regisseurin Barbora Chalupová und ihr Kollege Vít Klusák zeigen, wie Minderjährige im Internet belästigt werden. Die angeblichen Jugendlichen wurden während des Experiments von fast 2.500 Tätern angesprochen. „Gefangen im Netz“ ist seit dem 27. Juni auf der Internetseite des Films erhältlich. Dort finden sich zusätzliche Informationen zu sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie Hinweise auf Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Die Schulversion des Films (63 Min./FSK 12) unterscheidet sich maßgeblich von dem Dokumentarfilm (100 Min./FSK 16), der ein möglichst reales Abbild der Vorgehensweise von Täter:innen zeigt und auch explizite Bilder in verpixelter Form beinhaltet. Die Schulversion verzichtet hierauf und legt den Fokus darauf, Kinder und Jugendliche über Risiken und Gefahren aufzuklären.

104 Minuten, 2020, Ausleihe 8,99 Euro.

Weitere Informationen unter <https://gefangenimnetz.de/>.



Klaus Mertens

Den Kreislauf des Scheiterns durchbrechen

Damit die Aufarbeitung des Missbrauchs am Ende nicht wieder am Anfang steht

Es ist ein kleines Buch, aber ein großes, wichtiges Plädoyer, das Klaus Mertens hier veröffentlicht hat: Gerechtigkeit für die Betroffenen von sexualisierter Gewalt muss seiner Ansicht nach das Leitmotiv für jede Form von Aufarbeitungsprozessen in Institutionen sein.

Der Autor ist Jesuit, Oberer des Ignatiushauses in Berlin und Redakteur der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Stimmen der Zeit“. Sein intensiver Bezug zum Thema entstand in seiner Zeit als Rektor des Canisiuskollegs in Berlin. Nachdem ihm mehrere ehemalige Schüler von Erfahrungen sexualisierter Gewalt berichteten, trug er mit einem Brief an 600 ehemalige Schüler 2010, der auch in den Medien veröffentlicht wurde, maßgeblich dazu bei, dass weitere Fälle ans Licht kamen. Seitdem – um ein sprachliches Bild aus seinem Vorwort aufzugreifen – „rollt die Lawine des Missbrauchsskandals mit lautem Getöse talwärts“.

In seinem neuesten Buch greift Mertens nun den problematischen Prozess der Aufarbeitung im Erzbistum Köln auf, um davon ausgehend in fünf inhaltlichen Kapiteln zu schildern, welche Fallen sich seiner Ansicht nach bei dem Thema stellen. Als „Kardinalfehler“ (S. 44) der Vorgänge unter Kardinal Woelki identifiziert er, dass dort die „Wiedergewinnung der eigenen Glaubwürdigkeit“

(Kap. 1) das zentrale Motiv für die Beteiligung der Betroffenen gewesen sei. Dies sei aber „genau der falsche Notenschlüssel vor Melodie und Text der Aufarbeitung“ (S. 21). Stattdessen fordert Mertens, von dem „institutionsnarzisstischen“ Blick auf eigene Interessen wegzukommen hin zu einer klaren Fokussierung auf die Perspektive der Betroffenen. Dies erfordere eine Rollenklärung (Kap. 2), zu der Mertens einige interessante Denkanstöße bietet. Beispielsweise wird kritisch darauf hingewiesen, dass Entschädigungszahlungen frei von Gedanken einer Ablasslogik geleistet werden müssen. Ohne eine Betroffenenbeteiligung (Kap. 3), deren Möglichkeiten und Grenzen möglichst klar definiert sein müssten, ist für ihn Aufarbeitung nicht denkbar. Hier positioniert er sich anders als z. B. die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, die in ihren Empfehlungen darauf hinweist, dass unter Umständen auch ein Aufarbeitungsprozess in Gang gebracht werden muss, ohne dass sich Betroffene beteiligen wollen. Vorgestellt werden verschiedene Modelle, wie unabhängige Aufarbeitung (Kap. 4) ausgestaltet sein kann, u. a. am Beispiel der österreichischen Unabhängigen Opferschutzkommission. Abschließend wird das Thema in Bezug gesetzt zum synodalen Weg (Kap. 5), bei dem die Schnittmenge zum Thema sexualisierte Gewalt aber insbesondere im Bereich der strukturellen Prävention liege.

Viel hat sich in der katholischen Kirche im Umgang mit dem Thema sexualisierte Gewalt schon getan, von umfangreichen Präventionsansätzen bis hin zur diesjährigen Verschärfung des kanonischen Strafrechts. Zur Frage, warum sich die Kirche mit der nachhaltigen Aufarbeitung, die ebenfalls einen Baustein der „Kultur der Achtsamkeit“ darstellt, oftmals schwertut und unter welchen Bedingungen diese doch gelingen kann, findet Klaus Mertens in seinem Essay klare und kritische Worte und bietet wichtige, lesenswerte Anregungen.

Gesa Bertels

80 Seiten, 12,- EUR, ISBN: 978-3-8436-1494-1, Patmos, Ostfildern 2021.



Deutsche Sportjugend (dsj)

„RECHTSSicherheit – Politisch neutral?!“

Der Umgang mit Positionierungen, Vermietungen und Einladungen im Sport

Muss der Sport politisch oder parteipolitisch neutral sein? Wie sieht das bei einer Podiumsdiskussion aus, die ein Ver-

ein mit politischen Vertreter*innen vor Ort organisieren möchte? Darf ein Aufruf zu einer Demonstration unterstützt werden?

Vereine und Verbände sind mit derartigen Fragen konfrontiert, die in ihrer Komplexität überfordern können. Mit den Materialien zum Thema „RECHTSSicherheit – Politisch neutral?!“ will die Deutsche Sportjugend ihren Mitgliedsorganisationen größere Handlungssicherheit im Umgang mit hochaktuellen Fragen geben und Vereine vor der Gefahr schützen, für demokratiefeindliche und diskriminierende Aktivitäten ausgenutzt zu werden.

Gefördert wurde die Handreichung von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Die Handreichung kann kostenfrei heruntergeladen werden unter https://sport-mit-courage.de/fileadmin/user_upload/Mediencenter/Publikationen/Downloads/dsj-Handreichung_RECHTSSicherheit_im_Sport_01.pdf.

Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen

Projekt „antisemitismus.wtf“

Onlinekampagne für Jugendliche zu Antisemitismus

Unter dem Titel „antisemitismus.wtf“ hat das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC e.V.) Hessen im Juli die deutschlandweit erste Onlineaufklärungskampagne gegen Antisemitismus für Jugendliche unter Einbeziehung junger Menschen im Alter ab 14 Jahren gestartet. Hintergrund ist der Anstieg antisemitischer Vorfälle im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Eine Website und ein Instagramkanal informieren Jugendliche über die Funktionsweise, verschiedene Erscheinungsformen und Gefahren von Antisemitismus.

Das Projekt schließt eine Lücke in den Angeboten für diese Zielgruppe. „Mit der neuen Kampagne geht das NDC ganz neue Wege und erreicht explizit Jugendliche, die sich über das Smartphone online selbst Wissen zum Thema Antisemitismus und wie man diesen erkennt, aneignen können.“ erklärt Gregor Gallner, Vorstandsmitglied im Hessischen Jugendring, für das NDC Hessen. „Wichtig war uns dabei die zeitgemäße und jugendgerechte Gestaltung, die gezielt junge Menschen ansprechen sollte. Dabei haben wir Jugendliche mit einbezogen.“

So klären zum Beispiel Sharepics kurz und knapp über das Motiv einer jüdischen Weltmacht als zentralem Bestandteil gängiger Verschwörungserzählungen, die auch in Zeiten der Coronapandemie eine Renaissance erfahren. Seit mehr als einem Jahr lässt sich vor allem in Zusammenhang mit der Pandemie ein Anstieg antisemitischer Vorfälle beobachten. Auf derartige Entwicklungen reagiert die Kampagne gezielt. Sie ist auch ein Angebot für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Jugendarbeit, die sich mit antisemitismuskritischer Bildungsarbeit beschäftigen. Gefördert wird das Projekt „antisemitismus.wtf“ im Rahmen des Landesprogramms „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

Weitere Informationen unter <https://www.hessischer-jugendring.de/>

Zugang zu Projektmaterialien unter <https://antisemitismus.wtf/>.

Nationaler Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

„Gemeinsame Verständigung“ zum Schutz junger Menschen vorgelegt

Umsetzungsschritte zur Verbesserung bei Prävention, Intervention, Hilfen und Forschung

Die „Gemeinsame Verständigung“ ist anderthalb Jahre nach der Konstituierung des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen vorgelegt worden. Unter dem Vorsitz von Christine Lambrecht und Johannes-Wilhelm Rörig kam das Forum zuvor am 29. Juni erneut zusammen. Mehr als 40 staatliche und nicht-staatliche Spitzenakteurinnen und Spitzenaktoren nahmen teil.

Der Nationale Rat hat klare Schritte für ein entschlosseneres Handeln gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen vorgelegt. Christine Lambrecht forderte eine konsequente Umsetzung der Empfehlungen.

Bundesjugendministerin Christine Lambrecht, der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig, und Sonja Howard, Mitglied des Betroffenenrates beim USBKM, legten am 30. Juni die „Ge-

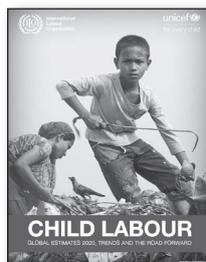
meinsame Verständigung“ des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen vorgestellt. Das Dokument enthält Maßnahmen in fünf Themenkomplexen. Ziel ist es, Schutz und Hilfen bei sexualisierter Gewalt und Ausbeutung zu verbessern, kindgerechte Gerichtsverfahren zu gewährleisten und die Forschung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt weiter voranzubringen.

Mit Blick auf den ausufernden Anstieg von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Netz betonte Johannes-Wilhelm Rörig, dass der nächste Deutsche Bundestag und die nächste Bundesregierung zudem die Einsetzung einer starken Enquete-Kommission zur Erarbeitung einer Grundsatzstrategie gegen sexuelle Gewalt im Netz beschließen sollte sowie eine gesetzlich verankerte umfassende Berichtspflicht des Amtes einer oder eines Missbrauchsbeauftragten gegenüber Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat.

Eine besondere Würdigung erhielt der Nationale Rat am 30. Juni durch Frank-Walter Steinmeier. Der Bundespräsident hatte Bundesjugendministerin Christine Lambrecht und den Unabhängigen Beauftragten Johannes-Wilhelm Rörig gemeinsam mit Mitgliedern des Nationalen Rates, darunter auch mitwirkende Betroffene, zu einem Gespräch ins Schloss Bellevue eingeladen. Christine Lambrecht und Johannes-Wilhelm Rörig bewerteten diese Würdigung als sehr starkes Signal für Politik und Gesellschaft.

Weitere Informationen unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/-gemeinsame-verstaendigung-zum-schutz-von-kindern-und-jugendlichen-vorgelegt-182830>.

Das Dokument kann heruntergeladen werden unter https://www.nationaler-rat.de/downloads/Gemeinsame_Verstaendigung_Nationaler_Rat.pdf.



UNICEF / Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Kinderarbeit: Globale Schätzungen, Trends und der Weg in die Zukunft

Bericht über Kinderarbeit 2020

Arbeitende Kinder sind dem Risiko körperlicher und psychischer Schäden ausgesetzt. Kinderarbeit beeinträchtigt die Bildung der Kinder und schränkt ihre Rechte und Zukunftschancen ein. Darauf hat der Aktionstag der Vereinten Nationen (UN) gegen Kinderarbeit am 12. Juni aufmerksam gemacht. Das Jahr 2021 wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Internationalen Jahr zur Abschaffung der Kinderarbeit erklärt. Bereits 2015 haben sich mehr als 150 Staats- und Regierungschefinnen und -chefs im Rahmen der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen darauf geeinigt, die schlimmsten Formen der Kinderarbeit wie etwa den Einsatz von Kindersoldaten effektiv zu bekämpfen. Bis 2025 sollen schließlich alle Formen von Kinderarbeit beendet und verboten werden. Wie steinig der Weg dorthin trotz mancher Erfolge noch sein kann, zeigt der aktuelle Bericht zur Kinderarbeit der ILO und des UN-Kinderhilfswerks UNICEF.

Nach deren Schätzungen sind aktuell 160 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter zwischen fünf und 17 Jahren von Kinderarbeit betroffen. Sie müssen unter Bedingungen arbeiten, die sie ihrer elementaren Rechte und Chancen berauben. 79 Millionen

Mädchen und Jungen müssen derzeit gefährliche Arbeiten verrichten. Von 2000 bis 2016 sank die Zahl der arbeitenden Kinder; durch die Coronapandemie hat sich dieser Trend erstmals wieder umgekehrt: In den letzten vier Jahren ist die Zahl der arbeitenden Kinder demnach um 8,4 Millionen angestiegen. Weil Schätzungen der Zahl von Kinderarbeit schwer sind, rechnen Expertinnen und Experten mit einer hohen Dunkelziffer. Der Bericht zur Kinderarbeit prognostiziert, dass weltweit neun Millionen zusätzliche Kinder bis Ende 2022 durch die Pandemie in Kinderarbeit gedrängt werden könnten.

Besonders betroffen sind Kinder in Konflikt- und Krisenregionen. Oft fehlt den Betroffenen der Zugang zu Bildung. Mit 86,6 Millionen arbeitenden Kindern findet über die Hälfte aller Kinderarbeit in Subsahara-Afrika statt. In Asien und dem Pazifikraum sind weitere 48,7 Millionen Kinder von Kinderarbeit betroffen. Die meisten Kinder arbeiten in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Insgesamt arbeiten mehr Jungen (97 Millionen) als Mädchen (63 Millionen).

In Deutschland hat der Gesetzgeber im Juni 2021 ein Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht. Dadurch sollen große Firmen mit Sitz in Deutschland ab Anfang 2023 dazu verpflichtet werden, innerhalb ihrer gesamten Lieferkette, auch bei ihren Vertragspartnern im Ausland, auf die Einhaltung von Menschenrechten zu achten. Ende Mai einigte sich die Große Koalition auf den Gesetzestext. Mit dem „Gesetzentwurf über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“ will die Bundesregierung deutsche Unternehmen deshalb verpflichten, ihrer globalen Verantwortung für die Achtung von Menschenrechten und Kinderschutz sowie Umweltstandards besser nachzukommen.

Weitere Informationen über die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) unter <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/334704/internationaler-tag-gegen-kinderarbeit>.

Der vollständige Bericht kann heruntergeladen werden unter <https://www.unicef.de/informieren/materialien/report-kinderarbeit/243308>.

Deutsche Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel

Kinderschutz-Podcast

Hinhören mit Offenheit und auf Augenhöhe

Der Kinderschutz Podcast begrüßt die unterschiedlichsten Menschen aus Öffentlichkeit, Wissenschaft und Praxis. „Wir kommen mit Kinderschutzexpert*innen, Politikvertreter*innen auch prominenten Menschen ins Gespräch, um den Kinderschutz in Deutschland aus allen Blickrichtungen zu beleuchten, zu verbessern und neue Impulse dafür und die Umsetzung der Kinderrechte zu setzen“, sagt Jerome Braun, Geschäftsführer Deutsche Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel. Die vier Gastgeber*innen sprechen und diskutieren mit ihren Gästen auf Augenhöhe, so dass Neues entstehen kann.

Im doppelten Sinne mit dem Podcast sollen Menschen mit dem Podcast ermutigt werden, hinzuhören. Zweimal pro Monat sind Sendungen geplant, in denen die Gesprächspartner*innen in Schubladen schauen, die sonst geschlossen bleiben. „Mit dem Podcast wollen wir eine Haltung erreichen, die Offenheit für alle Themen rund um das Kindeswohl fördert und keine Tabus kennt, denn nur so kann sich eine Gesellschaft entwickeln, die Gewalt gegen Kinder wahrnimmt und nicht verneint und vor allem handelt, jeder in seinem privaten wie beruflichen Umfeld, überall“, sagt Sonja Howard, Mitglied im Betroffenenrat des Unabhängigen

Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und eine der Gastgeber*innen des Podcasts.

Den Podcast finden interessierte Privatpersonen und Menschen aus der sozialen Arbeit und alle Menschen, denen der Kinderschutz am Herzen liegt, überall dort, wo es Podcasts gibt.

Weitere Informationen und Zugang zu den Folgen unter <https://haensel-gretel.de/kinderschutz-podcast>.



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband

Studie „Kein Kind zurücklassen“

Warum es wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut braucht

Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme reichen nicht aus, um Kinderarmut effektiv zu verhindern, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. Obwohl die Hartz-IV-Quoten sinken, wachse die Kinderarmut überdurchschnittlich, wie eine aktuelle Studie des Verbandes zeigt. Trotz verschiedener sozialpolitischer Reformen, etwa beim Kinderzuschlag seien Minderjährige mit einer Armutsquote von 20,5 Prozent im Vergleich zu anderen Altersgruppen überproportional von Armut betroffen. Der Paritätische fordert wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Kinderarmut, darunter u. a. die Einführung einer bedarfsgerechten, einkommensabhängigen Kindergrundsicherung.

In der aktuellen Studie der Paritätischen Forschungsstelle wird die Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland über einen Zehn-Jahres-Zeitraum untersucht. Während weniger Kinder und Jugendliche Hartz IV-Leistungen bekommen, ist die Einkommensarmut gestiegen, so ein zentraler Befund: Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche (20,5 Prozent) lebten inzwischen in Armut. Besonders hart und häufig treffe es unverändert Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Insgesamt seien die Leistungen der Grundsicherung deutlich zu niedrig bemessen und ergänzende familienpolitische Maßnahmen nicht ausreichend, um Familien und Kinder effektiv vor Armut zu schützen, so die Kritik. „Jüngere Reformen bei Leistungen wie Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss holen zwar verstärkt Familien mit Kindern aus dem SGB-II-Bezug, aber sind mitnichten armutsfest“, erläutert der Autor der Studie Dr. Andreas Aust von der Paritätischen Forschungsstelle.

Die Studie, die auch Ländertrends untersucht, belegt dabei eine konträre Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland, bei starker regionaler Differenzierung. Während sich die Lage der Kinder und Jugendlichen in den neuen Bundesländern (ausgehend von sehr hohem Niveau) positiv entwickelt, wachsen die Probleme in verschiedenen westdeutschen Ländern wie Bremen, Hessen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen teilweise dramatisch. Gewarnt wird in der Studie zudem vor einer aktuellen Verschärfung der Lage, die sich (noch) nicht in den amtlichen Daten abbildet: Die Folgen der Corona-Pandemie belasteten gerade einkommensarme Familien zusätzlich, wie die Autoren skizzieren.

Weitere Informationen unter <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/studie2021-kinderarmut/>.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/expertise-kinderarmut-2021.pdf.

Die Kinderschutz-Zentren

Partnerschaftsgewalt und ihre Auswirkungen auf Kinder

Kampagne mit Informationen für Eltern, Kinder und Fachkräfte

Partnerschaftsgewalt kann Kinder und Jugendliche nachhaltig schädigen. Mit der im September gestarteten Kampagne wollen die Kinderschutz-Zentren gezielt Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren erreichen. Wichtig ist es dabei auch, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie andere Fachkräfte aus dem Schulwesen für das Thema zu sensibilisieren und ihre Funktion als Vertrauenspersonen hervorzuheben. Damit Familien Hilfeangebote in Anspruch nehmen, muss das Thema „Partnerschaftsgewalt“ größere Aufmerksamkeit erhalten und enttabuisiert werden. Ziel der Kampagne soll es sein

- Kinder, Eltern und Fachkräfte für das Thema zu sensibilisieren
- Kinder zu ermutigen, sich mit ihren Sorgen und Ängsten an eine Vertrauensperson zu wenden
- Lehrkräfte und Fachkräfte im Schulwesen zu motivieren, das Thema in die Klassenverbände / Übermittagsbetreuungen zu tragen
- Beratungs- und Interventionsstellen in den Fokus zu rücken und betroffene Familien zu bestärken, sich aktiv Hilfe zu holen
- ein klares Zeichen gegen Gewalt zu setzen
- Kinder und Jugendlichen in ihrem Recht zu stärken, den Anspruch auf Beratung und Unterstützung wahrzunehmen

Unter dem Hashtag **#hörtauf** soll zum Thema getwittert werden. Die Aktion wird auch als digitale Austausch- und Diskussionsplattform genutzt: Fachartikel und informative Beiträge sowie Unterstützungs- und Hilfeangebote für Kinder, Eltern und Fachkräfte werden geteilt.

Weitere Informationen unter <https://www.kinderschutz-zentren.org/hoertauf>.

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Veranstaltung „Antimuslimischem Rassismus begegnen!“

Digitale Informationsreihe für pädagogische Fachkräfte

Musliminnen und Muslime sind Teil der deutschen Gesellschaft, prägen und gestalten sie mit. So vielfältig wie der Islam in seinen Ausprägungen ist, so vielfältig sind auch das Selbstverständnis der Musliminnen und Muslime, ihr Umgang mit Religion und ihre individuelle Religiosität.

In der Öffentlichkeit wird diese Vielfalt kaum wahrgenommen. Vielmehr scheinen sich bei Teilen der Bevölkerung bestimmte Stereotype gegenüber „dem Islam“, Negativzuschreibungen und Ängste verfestigt zu haben. Das liegt auch daran, dass im öffentlichen Diskurs nur unzureichend zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus in seinen extremistischen Strömungen unterschieden wird.

Die unklare Trennung erschwert die Akzeptanz des Islam in der Gesellschaft und damit das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung garantiert die Religionsfreiheit; dieses Grundrecht gilt auch für die in Nordrhein-Westfalen lebenden 1,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Für extremistische Bestrebungen und

verfassungsfeindliche religiöse Gruppen hingegen gilt das nicht. Die Landeszentrale für politische Bildung bietet zu dieser Thematik eine Informationsreihe an, die sich vorrangig an Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte richtet. Sie klärt über die Gefahren auf, die vom Islamismus ausgehen und informiert über die Auswirkungen des antimuslimischen Rassismus, der inzwischen auch eine lebensbedrohliche Dimension angenommen hat.

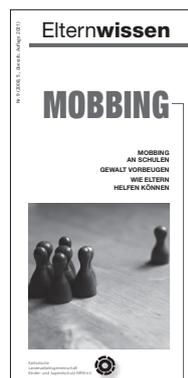
Die Veranstaltung „Islam von Islamismus unterscheiden – Antimuslimischem Rassismus begegnen!“ findet am 9. November 2021 digital statt. Sie beleuchtet die Grundlagen der islamischen Religion mit der Zielsetzung, dem interreligiösen Dialog ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Neben Informations- und Sensibilisierungsarbeit werden besonders die Erfahrungen von Expertinnen und Experten aus der Praxis mit Deeskalations- und Präventionsstrategien sowie Aufklärungsarbeit im Fokus stehen.

Die Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung wird in Kooperation mit dem Ministerium des Innern, dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration und dem Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Weitere Informationen zu Anmeldung und Veranstaltungsprogramm unter <https://www.politische-bildung.nrw.de>.



NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE UND DEM VORSTAND



Elternwissen Nr. 9 in überarbeiteter Auflage erschienen

Mobbing

Absichtliche Verletzungen und Abwertungen sind Formen der Gewalt. Sie werden allerdings erst dann zu Mobbing, wenn sie wiederholt und systematisch auftreten, die Betroffenen sich nicht wehren können und es der Machtausübung Einzelner dient. Häufig suchen gemobbte Kinder oder Jugendliche die Schuld bei sich selbst und

vertrauen sich nicht den Erwachsenen an. Allein können sie die Situation jedoch nicht lösen.

Umso wichtiger ist es, dass Schule und Elternhaus über das Thema „Mobbing“ gut informiert sind und rechtzeitig etwas dagegen unternehmen, um so psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen vorzubeugen. In dieser Broschüre werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Kinder frühzeitig in der Familie gegen Mobbing gestärkt werden können, wie Mobbing erkannt wird und welche Hilfen es gibt.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW. e.V. (Hrsg.), Münster 2021, 0,40 Euro pro Exemplar (zzgl. Versandkosten), Bestellungen per E-Mail an info@thema-jugend.de.

Konflikt-KULTUR

Demokratie | Bildung | Prävention

Fortbildungsveranstaltung

Sozialtraining und Mobbingintervention

Systemisch denken und handeln

Mobbing ist das systematische und wiederholte Schikanieren von Einzelnen. Es tritt vor allem in „Zwangsgemeinschaften“ auf, aus denen Kinder und Jugendliche nicht einfach fliehen können, z. B. in Ausbildungseinrichtungen, Heimen, Horten und Schulen. Das Phänomen ist nicht neu. Neu sind Erkenntnisse zu Ausmaß und Folgen von Mobbing und zu den oft unzureichenden Interventionsmöglichkeiten.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen leiden in jeder Schulklasse etwa ein bis zwei Kinder oder Jugendliche unter den fortwährenden Attacken ihrer Mitschülerinnen oder Mitschüler. Gewaltphantasien, Rückzug, Depression, Suizidgedanken und psychosomatische Reaktionen zeigen die große Belastung der „Opfer“. Methoden, die sich bei Konflikten zwischen Einzelnen bewährt haben, bewirken in Fällen von Mobbing oder Cybermobbing häufig eine Eskalation der Gewalt. Mobbing ist nur als Gruppenphänomen verstehbar und kann nur durch eine koordinierte, systemische Intervention auf den Ebenen Einzelperson, gesamte Gruppe bzw. Klasse und Einrichtung bzw. Schule umfassend und nachhaltig bearbeitet werden.

Die Teilnahme an der zehntägigen Fortbildung kann mit dem Zertifikat „Fachberater/-in für systemische Mobbingprävention und -intervention in Schule und Jugendhilfe“ abgeschlossen werden.

Termine und Veranstaltungsorte:

25.-26.10.2021 (agora-Hotel, Münster)

30.11.-01.12.2021 (Block in einer Schule in Münster oder Umgebung)

26.-27.01.2022 (Franz-Hitze-Haus, Münster)

28.-29.03.2022 (Johanniter-Gästehaus, Münster)

09.-10.05.2022 (Johanniter-Gästehaus, Münster)

Die Fortbildung kostet 890 Euro und ist konzipiert für pädagogische Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule (z. B. JaS, Lehrkräfte). Die gemeinsame Teilnahme mehrerer Kolleginnen bzw. Kollegen aus einer Schule oder Einrichtung stärkt erfahrungsgemäß die nachhaltige Umsetzung der Fortbildungsinhalte. Anmeldungen von Teams werden daher bevorzugt berücksichtigt. Es besteht die Möglichkeit, einen „Bildungsscheck NRW“ für die Veranstaltung zu nutzen.

Weitere Informationen unter <http://thema-jugend.de/veranstaltungen/20212022-konflikt-kultur-blockveranstaltung/>. Anmeldungen bis zum 4. Oktober 2021 per E-Mail an info@thema-jugend.de.

THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
erscheint vierteljährlich

Herausgeberin:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Lea Kohlmeier
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon 0251 54027
Telefax 0251 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Redaktion:

Gundis Jansen-Garz, Dr. Lea Kohlmeier

Bildrechte:

Titel: Pixabay; S. 2: Lea Kohlmeier; S. 3, 7, 11, 13, 14, 15, 17, 18: Pixabay; S. 4: Bundesamt für Strahlenschutz; S. 5: Felix W. Landerer, California Institute of Technology; S. 6: The EAT-Lancet Commission; S. 8: Thomas Lob-Corzilius; S. 8, 12, 15, 17, 22: Rupert-Neudeck-Gymnasium Nottuln; S. 10: Bundesregierung; S. 12: Deutsches Kinderhilfswerk; S. 15: Ellen Niess; S. 16: LVR; S. 19: Bundesregierung; S. 20: Lea Kohlmeier; S. 22: Leonie Reuter und IÖW; S. 26: Kath. LAG

Redaktionsbeirat:

Dr. med. Michael Achenbach, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin in Plettenberg, Sprecher des Ausschusses Jugendmedizin im Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ)
Prof./in Dr. Sabine Ader, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Münster, Fachbereich Soziale Arbeit
Gesa Bertels, Soziologin, Dipl.-Sozialpädagogin, LWL-Landesjugendamt Westfalen
Dr. med. Eva Bolay, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Münster
Prof./in Dr. Marianne Genenger-Stricker, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Aachen, Fachbereich Sozialwesen

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
Kiesekampweg 2, 48157 Münster
Telefon 0251 986218-0

Bezugspreis:

Einzelpreis 2 Euro
Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierhinweis:

Nachname, Vorname (Jahr): Titel des Beitrags.
In: **THEMA JUGEND**. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung. Ausgabe 3/2021. Seitenangabe.

ISSN 0935-8935



THEMA JUGEND wird auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

NÄCHSTES GEPLANTES THEMA:

4/2021 Corona

NACHRICHTEN

COVID-19: Impfappell der Kinder- und Jugendmedizin an Erwachsene

In einer gemeinsamen Pressemitteilung appellieren die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ) an Erwachsene, das Impfangebot zum Schutz vor dem Coronavirus wahrzunehmen. Während die Impfung mittlerweile nahezu jedem Erwachsenen offen steht, sind Millionen von Kindern in Deutschland auf deren Verantwortungsbewusstsein angewiesen: Die Jüngeren haben mangels einer Impfstoffzulassung meist noch keine Möglichkeit, sich selbst gegen COVID-19 immunisieren zu lassen.

„Die Kinder haben eine viel zu lange Zeit der Zurücksetzung hinter sich. Vieles von dem, was für uns Erwachsene zu einem erfüllten Kinderleben dazugehört, blieb ihnen vorenthalten. Kinder und Jugendliche mussten in den letzten Monaten Rücksicht auf uns nehmen und auf so vieles verzichten. Sollten wir als Gesellschaft den Kindern nicht endlich etwas zurückgeben und sie entlasten? Für die große Mehrheit unserer Gesellschaft ist die Impfung mittlerweile sicher, schnell und leicht erreichbar“, richtet Prof. Dr. Jörg Dötsch, Präsident der DGKJ, einen dringenden Appell an alle Erwachsenen, sich impfen zu lassen, um Kinder zu schützen.

Auch Kinder und Jugendliche sind von COVID-19 betroffen, sie können sich infizieren, auch wenn sie selbst kaum krank werden. Im Rahmen des Lockdowns wurde ihnen durch Schul- und Kitaschließungen und den konsequenten Entzug ihrer Sozialkontakte sehr viel abverlangt. Die Auswirkungen werden allmählich klar: „Wir müssen davon ausgehen, dass die Folgen der Lockdownmaßnahmen für diese Altersgruppe schwerwiegender sind als die Krankheit selbst. Deutlich vermehrt wurden bei Kindern psychische Beeinträchtigungen, Bewegungsmangel und Übergewicht bis hin zu Adipositas sowie Bildungsdefiziten diagnostiziert. Jetzt ist es wichtig, dass wir unseren Beitrag für unsere Kinder leisten und ihnen Erleichterungen verschafften durch Teilhabe an der Gesellschaft trotz Corona, z. B. durch Zugang zu Präsenzunterricht. Eine wesentliche Maßnahme, unseren Kindern dies zu ermöglichen, ist die Impfung der Erwachsenen gegen das Coronavirus“, so Dr. med. Thomas Fischbach, Präsident des BVKJ.

Eine Impfung für die ab 12-Jährigen steht zur Verfügung. Nach entsprechender Aufklärung und eigenem Wunsch und dem der Eltern kann jedes Kind ab diesem Alter geimpft werden. Die Ständige Impfkommission (STIKO) hat im August eine aktualisierte Empfehlung zur Impfung der 12- bis 17-Jährige herausgegeben.

Der Impfappell an Erwachsene zielt auf den konsequenten Impfschutz insbesondere derjenigen, die im beruflichen Alltag mit jüngeren Kindern zusammenkommen, und wendet sich darüber hinaus an alle, die über ihren eigenen Impfschutz zum Schutz der Jüngsten beitragen möchten.

– Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V., Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin –

Adressaufkleber

„Kinderrechte jetzt!“ – Weltkindertag 2021

Für den diesjährigen Weltkindertag am 20. September wählten UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk das Motto „Kinderrechte jetzt!“ aus und unterstreichen damit im Wahljahr, dass es dringend an der Zeit ist, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern und die Weichen für ein kinderfreundlicheres Deutschland zu stellen. Gerade während der Covid-19-Pandemie wurde deutlich, dass Kinder kaum gehört und ihre Belange häufig hintenangestellt wurden.

„Die Aufnahme der Kinderrechte in unsere Verfassung wäre eine echte Chance, die Grundlagen für ein kinderfreundlicheres Land zu schaffen“, sagt Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland. „Die Politik sollte diese Chance nutzen und sich auf eine kluge Formulierung verständigen. Denn ein Land, das die Rechte und die Interessen von Kindern stets besonders berücksichtigt und damit auch alle Familien stärkt, ist ein Land, in dem Kinder stark gemacht werden für die Herausforderungen der Gegenwart und für die Welt von morgen. Das ist nicht nur im Interesse unserer Kinder und ihrer Eltern, sondern auch im Interesse unserer ganzen Gesellschaft.“ Zum Weltkindertag machten auch in diesem Jahr bundesweit zahlreiche Initiativen mit lokalen Aktionen, Festen und anderen Veranstaltungen auf die Situation der Kinder aufmerksam.

– UNICEF Deutschland –

70 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz

Die Feier zum 70-jährigen Bestehen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) wurde im September mit der Fachveranstaltung „Europäischer Jugendmedienschutz – Ideal oder Utopie? Chancen und Grenzen eines Jugendmedienschutzes in Europa“ eingeleitet. Im Rahmen des Festaktes wurde ein Blick zurück und nach vorn geworfen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass der Kinder- und Jugendschutz auch zukünftig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, um Schutz, Befähigung und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu sichern.

– BAJ –

Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
erscheint im Dezember 2021
zu „Corona“